

**Arbeitsplätze und Klimaschutz:**

## **Umweltschutz schafft Arbeit**

Österreich und seine Klimaschutzverpflichtungen

7

**Des einen Freud, des anderen Leid ...**

## **Unternehmensgewinne**

Unternehmensgewinne steigen ständig, die Arbeitnehmer haben wenig davon

39

**Neue Daten:**

## **Armut gefährdet Gesundheit**

Unter der Armutsgrenze ist Gesundheitszustand dreimal schlechter

40

# Arbeit & Wirtschaft

**Herausgegeben von AK und ÖGB**

Nº 7–8 | Juli–August 2007 | 61. Jahrgang | € 2,- | [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

## **Am Beispiel KiK und Aida**

Seite 14

## **Machtverhältnisse in der Schieflage**

Seite 21

## **Steuerwettbewerb ist Sackgasse**

Seite 22

## **Globale Genossen- schafter**

Seite 26

## **Blutfreitag**

Seite 32



**Es ist auch eine Lebenseinstellung**

Interview mit Monika Kemperle

Seite 10

**Schwerpunkt:**

**Es ist auch eine Lebenseinstellung**

**10**

Interview mit der Leitenden Sekretärin des ÖGB, Monika Kemperle.

**Hintergrund:**

**Am Beispiel KiK und Aida: Marktwirtschaft nach Geschmack der Unternehmer**

**14**

Tagein tagaus wird das Hohelied auf die Marktwirtschaft gesungen, von der alle ihren Vorteil hätten. Ein Blick hinter die Kulissen lässt oft ein anderes Bild zutage treten.

**Machtverhältnisse in der Schieflage**

**21**

1. Die Krise des Sozialstaats ist eine Krise in den Köpfen der wirtschaftlichen und politischen Eliten. 2. Der Sozialstaat ist eine politische Schranke gegen die Vermarktung menschlicher Arbeit. 3. Der Sozialstaat kann zurück gewonnen werden durch eine höhere Wertschöpfung und eine demokratische Solidarität.

**Steuerwettbewerb ist Sackgasse**

**22**

Die Grundlage des Sozialstaates muss erweitert werden – Interview mit Jesuitenpater Friedhelm Hengsbach

**Globale Genossenschafter**

**26**

Der größte Konzern des spanischen Baskenlandes befindet sich in Arbeitnehmerhand, die Mondragón Corporación Cooperativa.

**Blutfreitag**

**32**

Der Justizpalastbrand am 15. Juli 1927 und heute noch aktuelle Fragen: Zwei politische Morde zu viel. Eine von Betriebsräten und Vertrauensleuten organisierte disziplinierte Protestdemonstration wird zum chaotischen Aufruhr. In der Auseinandersetzung zwischen Staatsgewalt und Gerechtigkeit fordernden Bürgern ist in Wien seit der Märzrevolution 1848 nie mehr so viel Blut Unbewaffneter vergossen worden.

**10**



**26**



**32**



## Meinung

- 4 | Standpunkt: Was ist Solidarität?
- 5 | Leserforum
- 24 | Kommentar: Glück und Geld

## Aus Arbeiterkammern&Gewerkschaften

- 6 | Bioprodukte: Nicht um jeden Preis
- 6 | Mindesthonorare zur Absicherung nötig
- 7 | Jugendausbildung: Das haben sich viele anders vorgestellt
- 7 | Arbeitsplätze und Klimaschutz: Umweltschutz schafft Arbeit
- 7 | Briefmarkt-Liberalisierung: Gefahr für Arbeitsplätze und Versorgung
- 19 | Liberalisierung: Hebel für massive Umverteilung erwiesen
- 39 | Pflege: Weit daneben
- 39 | Unternehmensgewinne: Des einen Freud, des anderen Leid
- 39 | Vorratsdatenspeicherung: Moderner Überwachungsstaat

## Wirtschaft&Arbeitsmarkt

- 31 | Verbraucherpreise

## Internationales

- 23 | Ungarn: Wunsch und Wirklichkeit auf dem Arbeitsmarkt
- 42 | China: Letztrangig
- 42 | EU: Kampf gegen Sozialdumping
- 42 | EU: Lückenhafte Richtlinie
- 43 | EU: Eine Million Unterschriften
- 43 | Kambodscha: Blutige Kleidung
- 43 | EU: Revidierung der EBR-Richtlinie

## Gesellschaftspolitik

- 40 | Armut kann Ihre Gesundheit gefährden
- 41 | Working poor

## Bücher

- 44 | A.C. Grayling: Die toten Städte. Waren die alliierten Bombenangriffe Kriegsverbrechen?



Derzeit sind alle Beiträge im Internet abrufbar, man kann sie von dort zur Vervielfältigung ausdrucken oder an Interessierte versenden  
[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

## Fruchtbare geistige Auseinandersetzung

Redaktion intern

Die in den letzten Heften veröffentlichten Diskussionsbeiträge zum Klimawandel haben überraschend viele und teilweise auch recht emotionale Reaktionen ausgelöst, da einige Leser sich noch daran erinnern, dass Heiz Kienzl einer der Exponenten der seinerzeitigen Pro-Zwentendorf-Kampagne war — wobei sich jedoch die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung bei der Volksabstimmung vom 5. November 1978 gegen die Inbetriebnahme des AKWs gestimmt hatten (auf Seite 5 im Leserforum sind einige Zuschriften abgedruckt, Telefonanrufe sind nicht berücksichtigt, es geht auch eher um Argumente zur Sache, nicht zur Person). Wir bleiben jedenfalls dabei, was wir im Impressum auf Seite 6 festhalten. Die in

der Zeitschrift wiedergegebenen Beiträge entsprechen nicht notwendigerweise der Ansicht von Redaktion und Herausgebern. Es ist auch nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung der Mitarbeiter zu erzielen. **Vielmehr sehen wir in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.** Anders gesagt: Erst der Widerspruch, die abweichende Meinung des Anderen hilft uns, unseren eigenen Standpunkt noch klarer zu bestimmen. Wir brauchen die Widersprüche, um zu wachsen. Bei einer geistigen Auseinandersetzung sind die Argumente leicht vergleichbar und fassbar.

Unser Ziel ist es in erster Linie, Hintergrundinformationen zur politischen,

sozialen und kulturellen Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu bringen. Auf dieses Ziele ausgerichtet, werden wir im Herbst die Interviewserie mit führenden Persönlichkeiten der Interessenvertretungen fortsetzen. Im September bringen wir dazu ein ausführliches Interview mit AK-Präsident Herbert Tumpel. Die Orientierung und die Position der Arbeitnehmerinteressen, die Einschätzung der aktuellen Lage und Zukunftsperspektiven und Strategien werden dort ein Thema sein.

Uns bleibt nur, den Lesern Muse zur Lektüre dieser Zeitschrift zu wünschen wie auch erholsame Urlaubstage.

Für das Redaktionskomitee  
 Siegfried Sorz, Chefredakteur

# Standpunkt

**Siegfried Sorz**  
Chefredakteur



## Was ist Solidarität?

**D**ie klassische Form der Solidarität bezieht sich auf die Zusammenarbeit unter Betroffenen, die dem Ziel der Verbesserung der eigenen Lage dient.

Die Kernidee dieser Form von Solidarität scheint darin zu liegen, dass bestimmte Gruppen, die ein Gruppeninteresse haben, erkannt haben, dass sie dieses Ziel auf individuellem Wege vermutlich nicht erreichen werden, wohl aber dann, wenn sie als Gruppe zusammenhalten und das Gruppeninteresse einfordern.<sup>1)</sup>

»Die Gewerkschaftsbewegung ist ein gutes Beispiel für diese Form der Solidarität. Jeder einzelne Arbeitnehmer ist außerstande, sein Einkommen durch Druck auf den Unternehmer erfolgreich zu erhöhen. Statt dessen besteht aber die Möglichkeit, dass sich die Arbeitnehmer zusammenschließen und gemeinsam höhere Einkommen von der Unternehmenseite fordern. Solidarität bündelt die Interessen der einzelnen und trägt erheblich zu deren effektiver Durchsetzung bei. Darin enthalten ist ein individueller Konflikt, da das Engagement in der Gewerkschaft kurzfristig mit persönlichen Kosten verbunden ist, langfristig aber für den Einzelnen von Vorteil ist.«<sup>2)</sup>

Solidarität ist also eine Form der Kooperation, die sich günstig auf die Interessen aller auswirkt, die zusammenhalten.

Kritikpunkte an dieser Form der Solidarität sind unter anderem, dass in ihm auch eine gehörige Spur von (Gruppen-) Egoismus liege, andere Motive wären abstrakte moralische Prinzipien bzw. auch generell Altruismus bzw. Uneigennutz.

Erfolgslebnisse gegenseitiger Kooperation stärken den Zusammenhalt von Solidargemeinschaften mit gemeinsamen

Interessen, wie zum Beispiel Gewerkschaften.

Am Beginn der Selbstorganisation von gemeinsamen Interessen stand die »Brüderlichkeit«, zum Beispiel bei der Organisation von Zünften. Bemühungen um Solidarität können auch scheitern. Hier ein Beispiel aus den Anfängen der Frauenbewegung.

### Brüder und Schwestern

Während der Französischen Revolution 1789 haben viele Frauen in vorderster Linie mitgekämpft. Sie nahmen an der Erstürmung der Bastille teil, gründeten ab 1790 Frauenclubs, die nicht nur karitative Ausgaben wahrnahmen, sondern über Menschenrechte und insbesondere Frauenrechte diskutierten, Protestmärsche organisierten und eigene Zeitungen herausgaben.

Ab 1793 wurde die Bewegung der Frauen mit allen Mitteln, sehr oft blutig unterdrückt. Zuerst verloren sie im April 1793 das Bürgerrecht, im Oktober 1793 wurden alle Frauenclubs verboten, und ab Frühjahr 1795 durften sie noch nicht einmal mehr an politischen Versammlungen teilnehmen.<sup>3)</sup>

Eine dieser Persönlichkeiten aus diesen Anfängen der Frauenbewegung in Europa war Olympe de Gouges. Sie verfasste unter anderem das bedeutendste Dokument der Bewegung, eine »Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin«, in dem als Idealbild

ein solidarisches Verhältnis von Frauen und Männern entworfen wird.

Olympe de Gouges starb am 3. November 1793 unter der Guillotine. Sie hatte gewagt, den »Tyrannen« Robespierre zu kritisieren, ein anderes Stimmrecht zu fordern und überhaupt in einigen Flugschriften eine abweichende Meinung zu äußern. In ihrem Testament schrieb sie vor ihrer Hinrichtung:

»Ich vermache mein Herz dem Vaterland, meine Seele den Frauen, kein kleines Geschenk, meine Redlichkeit den Männern, sie haben es sehr nötig.«

### Geschwisterlichkeit?

Die Vertonung von Schillers »Hymne an die Freude« im Schlusssatz der neunten Symphonie von Beethoven »Alle Menschen werden Brüder« zeigt voll Überschlag einen Weg über die Gruppeninteressen hinaus, und die jetzige »Europahymne« ist ein Aufruf an die Menschen, sich im Zeichen der Freude zu vereinen, Grenzen zu überwinden und sich gegenseitig zu unterstützen. In Zeiten wachsender Fremdenfeindlichkeit ist die Europahymne aber auch ein Aufruf zu Versöhnung und Völkerverständigung, heißt es:

**»Freude, schöner Götterfunken,  
Tochter aus Elysium,  
Wir betreten feuertrunken,  
Himmlische, dein Heiligtum.  
Deine Zauber binden wieder,  
Was die Mode streng geteilt,  
Alle Menschen werden Brüder,  
Wo dein sanfter Flügel weilt.«**

Siegfried Sorz

1) Kurt Bayertz (Hg.): Solidarität. Begriff und Problem. Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1998

2) Hans W. Bierhoff, Beate Küpper: Sozialpsychologie der Solidarität (in Bayertz 1998)

3) Zitiert nach Rainer Zoll: Was ist Solidarität heute? Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2000, Seite 49 ff. (»Fünfte Zwischenfrage: Wo blieben die Frauen?«)



# Arbeit & Wirtschaft } – Leserforum

Wer sich kurz fasst, wird abgedruckt. Längere Zuschriften werden gekürzt. Adressen: aw@oegb.at / Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«, Laurenzberg 2, 1010 Wien, Fax: 01 534 44-595

## Atomkraft: Nein, danke

**Betrifft: Beitrag »Bemerkungen zum Klimawandel«, Juni 07, Seiten 13 bis 15**

Ich habe zufällig die Ausgabe Juni 2007 bei einem jüngeren Kollegen in die Hände bekommen. Und da sehe ich auf Seite 13 einen alten „Bekanntnen“ oder besser Altbekanntnen, Prof. Heinz Kienzl, der wieder einmal für die Atomkraft wirbt. Ich bin in der gleichen Altersklasse und so habe ich auch schon einiges erlebt. So zum Beispiel, dass man bei Zwentendorf gesagt hat, die Atomkraft sei ganz sicher – und dann kam Harrisburg und Tschernobyl. Genauso sicher ist sich Heinz Kienzl, dass das mit dem Klimawandel ein Schmääh ist. Gleichzeitig macht er sich Gedanken, was man gegen die Klimaerwärmung tun könne. Ehrenwert, aber eigentlich nicht konsequent, wenn er zuvor die Klimaerwärmung bezweifelt bzw. in zynischer Weise Menschen heruntermacht, die sich um ihre Nachkommenschaft sorgen. Vielleicht ist der Klimawandel ein Schmääh. Sicher aber ist, was die Atomkraft anrichtet. So habe ich jüngst in der Presse einen interessanten Artikel gelesen (31. Mai), der wahrscheinlich Herrn Prof. Kienzl beim Schreiben seines Beitrages noch nicht vorlag. Darin wird berichtet, dass laut Internationaler Atomenergieorganisation die Atomkatastrophe von Tschernobyl Folgekosten von 13,6 Milliarden Euro verursacht hat. Gleichzeitig ist aber die Haftung für Atomunfälle auf maximal 700 Millionen Euro begrenzt von den Versicherungsgesellschaften! Wer bezahlt die Differenz? Die Allgemeinheit! Im übrigen bin ich kein Pessimist, vertraue auch auf den Erfindungsgeist der Menschen (vor Zwentendorf hat uns ja Herr Prof. Kienzl bei einer Nichteinschaltung des AKW mit dem

Kienspan gedroht – wer ist da der Pessimist?) und meine, die Atomkraft zur Stromerzeugung ist eine verschwenderische und rückwärtsgewandte Technologie. Bitte mehr Optimismus und Objektivität, Herr Prof. Kienzl!

*Freundlichst,  
Ihr Reinhold Kinast  
St. Andrä-Wördern, NÖ*

## Geradezu lächerlich

**Betrifft: »Klimawandel«, Mai 2007, Seiten 22 bis 27**

Die Forderung nach Kerosin-Besteuerung als Mittel zur Sicherung eines gerechteren Wettbewerbs der Verkehrsträger mutet geradezu lächerlich an. Der Flugverkehr trägt schon jetzt im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern einen weit größeren Anteil der von ihm verursachten Kosten. Für einen gerechten Wettbewerb müsste es auch das völlige Ende von Subventionen für den Schienenverkehr und Ausschreibung gemeinwirtschaftlich erwünschter Leistungen geben (so wie im Flug- und Fährverkehr bereits etabliert). Darüber hinaus müssten auch Straßen- und Schienenverkehr die Kosten der Sicherung ihrer Verkehrsträger und die Kosten der Verkehrsleitung bezahlen. (Beim Luftverkehr werden sowohl die Sicherheitskontrollen als auch die Überwachung der Flughäfen zum größten Teil von Passagieren und Fluglinien bezahlt.) Was den CO<sub>2</sub>-Ausstoß betrifft, so wurde der Vorsprung der Bahn auf Strecken über 800 km und im Bereich der Hochgeschwindigkeitszüge, die ja die einzig ernsthafte Konkurrenz zum Kurzstreckenflug sind, durch neuere Studien deutlich in Frage gestellt (BALPA, 2007).

*Servus, Siegfried Lenz  
Betriebsrat Bord Tyrolean Airways*

## Es wird warm

**Betrifft: Beitrag »Bemerkungen zum Klimawandel«, Juni 07, Seiten 13 bis 15**

Leider sind die wichtigsten Industriationen beim G8-Gipfel in Heiligendamm über eine Absichtserklärung, die Kohlendioxidemissionen bis 2050 um die Hälfte zu senken, nicht hinausgekommen. Die globale Erwärmung ist nur eins von vielen Umweltproblemen, vor denen die Menschheit steht. Wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen ist möglicherweise viel leichter gesagt als getan. „Jetzt, da es uns endlich klar geworden ist, welcher katastrophalen Schaden wir der Umwelt zugefügt haben“, schreibt die britische Verhaltensforscherin Jane Goodall, „setzen wir all unseren Einfallsreichtum daran, technische Lösungen zu finden.“ Sie mahnt jedoch: „Technik alleine reicht nicht. Wir müssen auch unser Herz einbringen.“

Wie Severn Cullis-Suzuki, eine hochrangige Mitarbeiterin des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung bereits 2002 in Johannesburg, erklärte, müsste der Wechsel durch das Handeln jedes Einzelnen herbeigeführt werden. Sie sagte: „Ob sich an der Umweltsituation wirklich etwas ändert, hängt von uns ab. Wir können nicht abwarten, bis unsere Politiker etwas unternehmen. Wir müssen uns auf unsere Verantwortung konzentrieren und darauf, was wir tun können, um den Wechsel herbeizuführen.“

*Mit freundlichen Grüßen  
Ing. Harald Schober*

## Antwort der Redaktion:

Es freut uns, dass die Meinungsbeiträge soviel Diskussion ausgelöst haben. Wir werden – trotz Hitze – weiter berichten.

*Siegfried Sorz*

## IMPRESSUM

**Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:**

Laurenzberg 2, 1011 Wien,  
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,  
Siegfried Sorz (Chefredakteur): Klappe 304,  
Sekretariat: Sonja Adler, Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

**E-Mail:** aw@oegb.at

**Internet:** www.arbeit-wirtschaft.at

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154-156,  
Telefon: (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;  
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

**Redaktionskomitee:**

Arthur Ficzo (Vorsitz), Annemarie Kramser (Stellvertretender Vorsitz), Thomas Angerer, Günther Chaloupek, Andreas Gjecaj, Thomas Fessler, Karl Kollmann, Georg Kovarik, Sabine Letz (Katharina Painer), Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Alexander Schneider, Siegfried Sorz, Barbara Teiber, Erik Türk

**Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:**

Siegfried Sorz (Chefredakteur), Kai Biehl, Hellmut Butterweck, Reinhard Engel, Astrid Fadler, Carmen Janko, Wilfried Leisch, Gabriele Müller, Karl Kollmann, Brigitte Pellar, Thomas Plaßmann, Reinhold Russinger, Peter Stiegnitz

**Gestaltung:**

Medienservice, Stephanie Guberner (Artdirector);  
Dietmar Kreuzberger (Grafik & Layout), Thomas Reimer  
(Fotoredaktion, ÖGB-Archiv)

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,  
Prinz-Eugen-Straße 20-22, und Österreichischer  
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Laurenzberg 2

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154-156,  
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,  
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,  
Internet: www.oegbverlag.at

**Hersteller:**

Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien**Herstellungsort:** Wien**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;  
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und  
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,  
Altmannsdorfer Straße 154-156,  
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder Autor trägt die Verantwortung für seinen Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingegangene Manuskripte.  
Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.  
Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

**Bioprodukte:**

# Nicht um jeden Preis

**Bioprodukte sind »in«. Wie steht es aber um die Preise? Was kostet wo wie viel? Die AK hat die Preise von Bio-Lebensmitteln in Bio-Supermärkten und in normalen Supermärkten verglichen.**

Bei ihrem Test hat die AK den Preis eines Warenkorbbes von 22 Bio-Lebensmitteln in drei Super- und drei Bio-Supermärkten in Wien verglichen. Geprüft wurde jeweils das Produkt mit dem günstigsten Grundpreis, unabhängig zum Beispiel von der Herkunft oder Marke. Verglichen wurden die Grundpreise der Bio-Lebensmittel jeweils für ein Kilogramm oder einen Liter.

Von Einzelfällen abgesehen sind Bio-Produkte in Bio-Supermärkten im Schnitt um zehn Prozent teurer als in normalen Supermärkten. Äpfel, Erdäpfel, Vollmilch und Eier sind in den Bio-Geschäften allerdings meist billiger zu bekommen. Bei einzelnen Bio-Produkten gibt es mitunter

große Preisunterschiede. So liegen die Preise bei den jeweils günstigsten Bio-Lebensmitteln um bis zu 125 Prozent auseinander. Beispiel: Die billigsten Bio-Erdäpfel fanden die Tester der AK bei Livit um 75 Cent, bei Interspar oder Billa jedoch um 1,69 Euro pro Kilogramm.

Der billigste Bio-Warenkorb unter den normalen Supermärkten ist bei Merkur (85,87 Euro), bei den Bio-Supermärkten bei Livit (93,49 Euro), zu erstehen. Am meisten musste man bei Billa (89,33 Euro) beziehungsweise beim Bio-Supermarkt Maran (104,66 Euro) für den Warenkorb aus 22 Bio-Lebensmitteln auf den Tisch legen. *W. L.*

**Honorarbarometer 2007:**

# Mindesthonorare zur Absicherung nötig

**Die Einkommenssituation von TrainerInnen in privaten Bildungseinrichtungen erhebt die Interessengemeinschaft work@education der GPA-DJP schon zum zweiten Mal.**

Da in diesem Bereich überdurchschnittlich viele Frauen arbeiten, zeigen sich hier ähnliche Probleme wie in vielen anderen Branchen mit hohem Frauenanteil: schlechte Entlohnung und Arbeitsbedingungen. Hoch bezahlte Jobs sind selten, meist gibt es nur Beschäftigung als freie DienstnehmerInnen bzw. WerkvertragsnehmerInnen. Mit den niedrigen Honoraren müssen nicht nur die laufenden Lebenskosten, sondern auch die soziale Absicherung finanziert werden. Am stärksten sind die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen und zwischen freiem Dienstvertrag und Werkvertrag mit Gewerbeschein. Die Untersuchung zeigt auch, dass Traine-

rInnen für AMS-Maßnahmen meist die am niedrigsten bezahlten Jobs haben. Mehr als ein Drittel der TrainerInnen meint, dass ihre Verträge rechtlich nicht korrekt seien, was sich auch mit den Erfahrungen der Gewerkschaft in diesem Bereich deckt.

Konkrete Verbesserungen seien daher dringend nötig, so die Leiterin des GPA-DJP-Geschäftsbereichs Interessenvertretung Claudia Kral-Bast. Sie fordert für freie DienstnehmerInnen als ersten Schritt eine Arbeitslosenversicherung sowie zwischen den Kollektivvertragspartnern festgelegte Mindesthonorare als Dumpingschutz und Absicherung von Einkommensuntergrenzen. *W. L.*

**Jugendausbildung:**

# Das haben sich viele anders vorgestellt

**Trotz neuer Regierung wird Lehrlingen und Studenten nach den vorliegenden Plänen das Leben, das heißt die Absolvierung der Ausbildung schwerer gemacht, kritisiert die Gewerkschaft.**

**Lehrlinge sollen nach** den Plänen der Bundesregierung leichter gekündigt werden können, StudentInnen nach Vorschlägen des Wissenschaftsministers in die Scheinselbstständigkeit gedrängt werden: »Die Lehrlingskündigung würde den ohnehin schon heftigen Druck auf Jugendliche weiter erhöhen«, kritisiert Christoph Peschek, Jugendreferent der GPA-DJP Wien. Er verweist darauf, dass in Wien bereits jetzt mehr als ein Fünftel aller

Lehrverhältnisse während der Probezeit gelöst werden und nur jeder vierte Lehrling seine Ausbildung im Anfangsbetrieb beendet.

Die Lehrlingskündigung würde die Situation noch weiter verschlechtern, ist Peschek überzeugt. Bei den StudentInnen ist für René Pfister, Vorsitzender der GPA-DJP-Jugend, »aus arbeits- und sozialrechtlicher Sicht das von Minister Johann Hahn vorgestellte Modell zur Refundie-

rung der Studiengebühren ein Unsinn. Offenbar hat man sich für die Erstellung des Modells Inspiration bei der Industriellenvereinigung geholt.

Anders lässt es sich nicht erklären, wieso aus eigentlich regulären Dienstverhältnissen mit allen geltenden Ansprüchen plötzlich neue Formen der Scheinselbstständigkeit entstehen sollen, deren negative Folgen für die Studierenden offensichtlich sind.« W. L.

**Arbeitsplätze und Klimaschutz:**

# Umweltschutz schafft Arbeit

**Will Österreich seinen Klimaschutzverpflichtungen nachkommen, muss es schnell Maßnahmen setzen. Besonders im Wohnbau gibt es große Potenziale für Umweltschutzmaßnahmen und Arbeitsplätze.**

**Zur Erreichung seiner** Klimaziele muss Österreich die thermische Sanierungsrate auf drei Prozent jährlich ab 2008 bis 2012 und mittelfristig auf fünf Prozent steigern. Für die Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) ist interessant, dass die Beschäftigungsintensität im Sanierungssektor um etwa ein Drittel höher als im Wohnungsneubau und um zwei Drittel höher als etwa beim Verkehrswegebau ist. So geht das WIFO (Wirtschaftsforschungsinstitut) davon

aus, dass bei Investitionen von jährlich 2,15 Milliarden Euro netto in die thermische Sanierung etwa 16.000 Arbeitsplätze allein im Baubereich geschaffen bzw. gehalten werden können. Der Prüfbericht des Lebensministeriums zur Umweltförderung belegt diese Effekte: Zwischen 2002 und 2004 schufen oder erhielten geförderte klimarelevante Investitionen etwa 6.600 Arbeitsplätze. Für GBH-Bundvorsitzender Johann Holper sind In-

vestitionen in klimarelevante Maßnahmen gerade im Baubereich eine Win-win-Situation: »Sie schützen unsere Umwelt, schaffen Arbeitsplätze und können helfen, dem Schwarzunternehmertum am Bau Einhalt zu gebieten.« Er fordert von der Bundesregierung ein wirkungsvolles Maßnahmenpaket, das eine Aufstockung und Zweckwidmung der Wohnbauförderung und der Klimaschutzinvestitionen bringen muss. W. L.

**Briefmarkt-Liberalisierung:**

# Gefahr für Arbeitsplätze und Versorgung

**Wegen der negativen Erfahrungen der in Deutschland weit fortgeschrittenen Postliberalisierung fordert die AK einen sofortigen Stopp der Voll-Liberalisierung der Postdienste.**

**Für den Präsident** der AK Oberösterreich, Johann Kalliauer, sind der Verlust von Tausenden Arbeitsplätzen und das Ende einer qualitativvollen Versorgung vorprogrammiert, wenn 2009 bei der Post als letzter Schritt auch noch der Briefmarkt geöffnet wird. Er begründet diese drastische Forderung mit den Erfahrungen aus Deutschland: Den bei der Deutschen Post abgebauten 29.000 Arbeitsplätzen stehen bei den privaten Anbietern nur

16.700 gegenüber, wobei es sich vorwiegend um prekäre Arbeitsverhältnisse handelt, die derart schlecht bezahlt sind, dass man kaum davon leben kann. So haben Beschäftigte bei den neuen Postdiensteanbietern einen Einstiegslohn, der um 32 Prozent unter dem Niedriglohn-Niveau der betreffenden Regionen liegt. Für AK-Präsident Kalliauer bedeutet das, dass der Briefmarkt nicht aus der Hand gegeben werden darf: »Diese alarmierenden Fak-

ten aus unserem Nachbarland sind nicht wegzudiskutieren. Jetzt ist die Politik gefordert, das Ruder quasi in letzter Sekunde herumzureißen und die Liberalisierungspläne völlig neu zu überdenken.« Denn gerade der »Briefmarkt« ist ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge, auf den sich die Menschen in unserem Land und in der gesamten EU verlassen können wollen. Diese Sicherheit kann nur die öffentliche Hand geben.« W. L.



»Arbeit und Wirtschaft« vor 60 Jahren wiedergegründet:

# In ständiger Diskussion

Die 1923 gegründete Zeitschrift musste 1934 eingestellt werden. Sie wurde nach der Zeit des Austrofaschismus und der Hitlerdiktatur 1947, also vor 60 Jahren, wiedergegründet.

Die allererste Ausgabe von »Arbeit und Wirtschaft«<sup>1)</sup> erschien im Jänner 2003, zuerst als Monatsschrift, später alle zwei Wochen. In den Jahren 1933 und 1934, als die demokratischen Institutionen geknebelt wurden, die Gewerkschaftsblätter unter Zensur fallen und ihre Verbreitung verboten wird, kämpft »Arbeit und Wirtschaft gegen diesen Trend an.

Gegen das Fachblattes der Eisenbahner wurde für drei Monate ein Verbreitungsverbot ausgesprochen. »Arbeit und Wirtschaft« meldet: »Das Fachblatt der

Eisenbahner beklagt sich über ein bei den Bundesbahnen eingetretenes neues System. Es werden Eisenbahner zu Vaterländischen Kundgebungen bestimmt, sie müssen exerzieren und Salutierübungen machen. Dies wird von Linz gemeldet, wo vor dem durchreisenden Bundesbahnpräsidenten eine Ehrenkompanie von Arbeitern Spalier machen musste. Den Eisenbahnern werden sie Beiträge zur Vaterländischen Front vom Lohn abgezogen ...«

Als Autorin eines Beitrags in der letzten Ausgabe von »Arbeit & Wirtschaft« in der Ersten Republik scheint Käthe Leichter auf, die 1943 im KZ ermordet wurde.

1) »Arbeit und Wirtschaft« heißt erst seit Jänner 1973 »Arbeit & Wirtschaft«.

**Weg in die Freiheit**  
Gerade wer die wirtschaftstheoretischen Arbeiten Hayeks kennt, wird bedauern, daß er das genannte Buch, das er selbst als politisches bezeichnet, so sehr in den Vordergrund rückt. Denn, wie schon die Ausführungen Finers gezeigt haben, ist »Der Weg in die Knechtschaft« von verschiedenen, um nicht zu sagen von allen Seiten her angreifbar. Nicht mit Unrecht bezeichnet Finer den Weg, den Hayek selbst vorschlägt, als Weg zur Reaktion. Es ist charakteristisch, daß auch die »Sozialen Wochen Frankreichs«, die im August dieses Jahres in Paris abgehalten wurden, zu der Auffassung kamen, daß der sogenannte Neo-Liberalismus überholt sei. Professor Barère erklärte in diesem Zusammenhang, daß der Liberalismus gegen den Strom schwimme.  
Die Argumente, die Hayek gegen die Planwirtschaft vorbringt, treffen nur die von ihm konstruierte Art der Durchführung, nicht aber

In der ersten Ausgabe 1947 beschäftigte man sich mit Friedrich Hayek, einem Begründer des Neoliberalismus.

Unmittelbar nach der Befreiung Österreichs 1945 wird der Österreichische Gewerkschaftsbund als freiwilliger, von mehreren Fraktionen getragener Einheitsgewerkschaftsbund gegründet. Wenige Monate später kommt es zur Wiedererrichtung der Arbeiterkammern.







»... Die Redaktion wird bemüht sein, der Würde und Bedeutung der Arbeit entsprechend, den richtigen Ausdruck für die Ansichten der Arbeiter und Angestellten zu finden. Sie wird daher Männer der Praxis und der Wissenschaft zum Worte gelangen lassen ...«

In der Liste der Mitarbeiter des ersten Jahrgangs von »Arbeit und Wirtschaft« 1923 finden sich unter anderem Namen wie Ferdinand Hanusch, Max Adler, Benedikt Kautsky, Karl Renner, Anton Hueber, Anton Proksch ...

Die letzte Ausgabe von »Arbeit und Wirtschaft« in der Ersten Republik vom 1. Feber 1934. Gewerkschaftsblätter fielen unter Zensur und die Verbreitung wurde verboten.

Bald darauf, nachdem die notwendigsten wirtschaftlichen und sozialen Überlebensmaßnahmen aus der Sicht der Arbeitnehmerinteressenvertretungen gesetzt worden sind, kommt am 1. August 1947 die erste »Arbeit und Wirtschaft« nach dem Zweiten Weltkrieg heraus.

Aus einer programmatischen Erklärung:

»Der Titel der Zeitschrift umfasst ihr Programm: Sozial- und Wirtschaftsfragen, Gesellschaftswissenschaften und Politik, Naturwissenschaften und Technik, Bildung und Kultur, das alles soll aus der Schau der Arbeiterbewegung in grundsätzlichen Beiträgen und am aktuellen Beispiel behandelt werden. Wir wollen uns nicht auf österreichische Probleme beschränken und nicht auf österreichische Autoren – dazu ist unser Land zu sehr ins Geflecht der Welt verstrickt.

Auch gegnerischen Auffassungen wollen wir Raum geben, weil wir glauben, dass nichts so sehr einer guten Sache nützt wie die Bewährung am gegnerischen Argument. Die Kritik aus

den eigenen Reihen wird uns immer willkommen sein.«

Auch heute noch, im sechzigsten Jahr ihres Bestehens seit der Wiedegründung, steht die »A&W« sowohl redaktionsintern als auch extern in ständiger Diskussion ob ihres Inhalts, der Darstellungsform, ihres Niveaus und ihrer Lebens-

nähe. Und das ist gut so, denn gerade diese stetige Auseinandersetzung ist ein Beweis des gemeinsamen Ringens des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammern um Verbesserung und Anpassung an die gesellschaftliche Entwicklung im Interesse der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.

INFORMATION

Die Redakteure von »Arbeit und Wirtschaft«

In der Ersten Republik 1923 bis 1933

Jacques Hannak (Jurist, nach 1934 im illegalen Kampf gegen die Diktatur. 1938 in den KZs Dachau und Buchenwald. Von 1946 bis 1961 Redakteur der »Arbeiter-Zeitung«.) Weitere Redakteure: Eduard Straas (Buchdrucker), Edmund Palla (Mitarbeiter von Ferdinand Hanusch, von 1921 bis 1934 Erster Sekretär der Wiener Arbeiterkammer), Victor Stein (Metallarbeiter, war auch Redakteur der Gewerkschaftsfachblätter »Metallarbeiter« und »Der Industrieangestellte«, 1938 verhaftet, 1940 im KZ Buchenwald zu Tode gemartert)

In der Zweiten Republik seit 1947

1947–1948 Otto Leichter (der Gatte der ermordeten Käthe Leichter, kehrte vorübergehend aus der Emigration zurück), 1948–1954 Ernst Lakenbacher (Versicherungsbeamter, kehrte 1948 aus der Emigration zurück), 1955–1957 Ernst Winkler (nach Flucht 1934 und Emigration 1950 zurückgekehrt) 1957–1961 Josef Krywult, 1962–1967 Paul Blau, 1967–1989 Gottfried Duval, 1998–1993 Kurt Horak, seit 1994 Siegfried Sorz.

# Es ist auch eine Lebenseinstellung

*Die gebürtige Kärntnerin Monika Kemperle wurde vom ÖGB-Bundesvorstand zur Nachfolgerin von Roswitha Bachner als Leitende Sekretärin des ÖGB bestellt.*

**Arbeit&Wirtschaft:** *Du wurdest zwar am 23. Februar vom Bundesvorstand bestellt, hast aber deinen Job als Leitende Sekretärin des ÖGB erst am 1. Mai angetreten.*

**Monika Kemperle:** Am 23. Februar wurde es dem Bundesvorstand bekannt gegeben. Die tatsächliche Bestellung war am 8. März. Das freut mich ganz besonders, weil das der Internationale Frauentag ist und der 1. Mai der Tag der Arbeit.

**Arbeit&Wirtschaft:** *Du wolltest zuerst noch die KV-Verhandlungen abschließen, als Verantwortliche für den Textilbereich bei der Gewerkschaft Metall, Textil, Nahrung.*

Ja, weil die Runde für diesen Bereich, für den ich verantwortlich war, also Kollektivvertragsverhandlungen Textil, Bekleidung, Schuh, Leder zu führen, war gerade im Laufen. Es ist natürlich nicht das Beste, wenn man mittendrin einfach sagt: Jetzt gehe ich. Und leicht war es auch nicht. Weil das nicht nur Arbeit war und ist für mich, sondern ich bin mit Herz dabei. Das sind ja nicht allein Kolleginnen und Kollegen, sondern es sind auch Freundschaften entstanden zwischen Funktionären und Funktionärinnen.

**Hast du alle Agenden von Roswitha Bachner, die ja ins Präsidium bestellt wurde, übernommen?**

Ja, im Grunde alles, was mit dem Organisationsbereich Frauen, Jugend, Kam-

pagnen, Betriebsarbeit und eben der Organisationsreform zu tun hat.

**Das sind gewaltige Aufgabe in Zeiten wie diesen ...**

Wobei sehr viel Arbeit noch vor uns liegt. Es wird alles davon abhängen, wie wir uns in der Öffentlichkeit präsentieren. Die Beschlüsse vom ÖGB-Bundeskongress sind ja letztendlich alle umzusetzen.

**Es heißt, Personal soll abgebaut werden. Zwischen 40 und 60 Prozent.**

Es geht es darum, zu schauen, wie das Budget, wie mögliche Einsparungen anschauen sollen. Es hat sich um Planzahlen gehandelt, nicht darum einfach zu sagen: Personal einsparen. Ich stehe nach wie vor dafür, aus wirtschaftlichen Gründen niemanden zu kündigen. Es war ja auch ein ÖGB-Beschluss, dass es die Regionen geben soll, dass mit den Gewerkschaften gemeinsam Betreuungsbereiche neu definiert werden, dass es in den Ländern neue Strukturen geben soll. Und da sind wir ja mittendrin.

**Du kennst die Arbeitswelt von der Pike auf, hast eine Lehre als Bürokauffrau in einer Metallfirma in Villach absolviert. Wie war deine Lehrzeit?**

Ich würde mir wünschen, dass Lehre so stattfinden kann. Das war für die damaligen Verhältnisse ein größerer Betrieb mit verschiedenen Abteilungen. Man hat jedes Jahr eine Hauptabteilung gehabt,

für die man verantwortlich war und hat dort eine oder zwei Abteilungen mitbetreut. Ich war im Einkauf tätig und habe dort – unter Kontrolle – alle Agenden machen müssen, die eine Einkaufsleiterin macht. Ein Grundprinzip des Direktors war, darauf zu achten, dass man mit den Arbeitern und Arbeiterinnen immer in Kontakt ist. Jeder kaufmännische Lehrling hat ein Monat lang in der Produktion mitgearbeitet, ob in der Montage, in der Presse, im Lager, damit man die Leute kennen lernt und weiß, dass es nicht so einfach ist zu sagen: »Ist ja nur eine Angelernte.« Das hat mir irrsinnigen Spaß gemacht. Wobei: Ich bin ja nicht ganz unbedarf in die Lehre gegangen. Ich habe quasi die Kinderarbeit in Österreich kennen gelernt. Ich war nicht einmal 12 Jahre, als ich meine erste Saison am Wörthersee verbracht habe.

**Hast du gekellnert?**

Sechs Wochen lang habe ich Stubenmädchen gemacht. Mein erstes Einkommen für die sechs Wochen waren 1.500 Schilling damals. Dann bin ich nach Osttirol gegangen und war im Gastgewerbe als Kellnerin und Stubenmädchen. Dort war eine Näherei, das war außer dem Gastgewerbe die einzige Möglichkeit, als Frau Arbeit zu kriegen. Da habe ich als Akkordnäherin angefangen. Ich bin an der Maschine gesessen und habe unter Zeitdruck und Leistungsdruck genäht. Ein halbes Jahr später waren Betriebsratswahlen und so hat meine betriebsrätliche Karriere angefangen. Dort bin ich dann



ins Büro gekommen, weil ich die einzige mit einer kaufmännischen Ausbildung war. Und ich habe dann verschiedene Ausbildungen gemacht, nachdem mir der Arbeitgeber gesagt hat »Das weißt du nicht, das hast du zu akzeptieren, als Betriebsrätin«. Ich bin dann eineinhalb Jahre am Abend in die Schule gegangen.

### ***In die Gewerkschaftsschule?***

Zusätzlich zur Gewerkschaftsschule habe ich noch die Ausbildung zur REFA-Fachfrau gemacht, das heißt Arbeitstechnik.

### ***Das sind quasi die, die Akkord bewerten.***

Genau, die die Zeit stoppen. Das habe ich gemacht, weil ich gedacht habe: Du sagst mir nimmer, dass ich mich nicht auskenne, weil da will ich schon mitreden.

### ***Und die Lehrlingsausbilderprüfung?***

Die habe ich dann auch gemacht.

### ***Wie bist du dann zu den Metallern gekommen?***

Ich wurde von der Gewerkschaft gefragt, ob ich nicht in die Sozialakademie gehen will und war dann von 1986 bis 1987 auf der SOZAK. Für mich war klar, nachher in die Privatwirtschaft zu gehen und wieder Bebetriebsrätin und gewerkschaftlich tätig zu werden. Dann hat mich die Metallergewerkschaft angerufen und gefragt, ob ich interessiert wäre, bei der Gewerkschaft zu arbeiten. Allerdings beginnend als administrativ Beschäftigte.

### ***Das heißt als Schreibkraft.***

Genau, im Büro. Ein halbes Jahr später war der Gewerkschaftstag. Ich bin dann die erste Frau in der Rechtsabteilung der Metaller geworden. Bezirksekretärinnen hat es schon gegeben, aber noch keine Frau im zentralen Bereich.

### ***Das war ja alles eine Männerdomäne.***

Am Anfang in der Rechtsabteilung haben mich die Funktionäre, männlich, gefragt: Und wo ist der Sekretär? Da hab ich gesagt: Ich bin es. Das war schon eine



Häusler

komische Situation. Aber es war eine wunderschöne Zeit als Rechtsschutzsekretärin.

### ***Und nach acht Jahren hast du dich entschlossen, die Frauen zu vertreten.***

Das war ein Schritt, den ich mir sehr genau überlegt habe, weil ich sehr gerne in der Rechtsabteilung gewesen bin. Von der Art her bin ich ein bisschen ungewöhnlich, weil ich geh gern auf den Fußballplatz oder Eishockey schauen. Ich habe selber Fußball gespielt und war immer zornig, weil es kein Frauenteam gegeben hat. Ich habe zwar trainieren, aber nicht im Kampfbereich mitspielen dürfen. An diese Geschichten habe ich mich erinnert, als ich überlegt habe, von der

Rechts- zur Frauenabteilung zu gehen. Warum gibt es Differenzen, wenn Frauen es wollen, warum gibt es solche Hürden beim Zugang?

### ***Du hast dann vor allem Kollektivverträge verhandelt, im Textilbereich, bis jetzt, wo du in die Zentrale gekommen bist.***

In der Frauenabteilung habe ich sehr viele Projekte, auch internationale, gemacht. Und ich habe mich getraut, die eigenen Kollektivverträge auf Diskriminierungen zu untersuchen. Das war ein Meilenstein für die Metallgewerkschaft, weil es ja nicht einfach ist, das eigene Produkt selbst zu bewerten oder mit Fremden bewerten zu lassen und das auch zu veröffentlichen. Das war ein sehr guter Schritt.



Das zeigt uns auch die Resonanz aus dem wissenschaftlichen Bereich. Meines Wissens ist es nach wie vor das einzige Projekt in Europa, wo eine Gewerkschaft so einen Schritt gemacht hat.

***Das ist nicht nur eine kosmetische Veränderung von irgendwelchen Formulierungen, sondern es ist schon mehr dahinter.***

Es ist sehr viel mehr dahinter. Man ist kontinuierlich daran gegangen – und der Prozess ist nach wie vor im Gang –, Dinge umzusetzen. Zum Beispiel bei den Umstrukturierungen der Entlohnungssysteme. Wie kann man bestimmte Dinge aufnehmen, damit sie nicht mehr diskriminierend wirken? Das hat dazu geführt, dass es im Metallbereich ein komplett neues Entlohnungssystem im Kollektivvertrag gibt.

***Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist mit Formulierungen verquickt?***

Genau. Auch einfache Formulierungen haben Auswirkung. Ich denke, dass ich da nicht erfolglos war. Im ersten Jahr ist zumindest der erste Schritt sofort gelungen. Das war die Umsetzung der Sprache im Kollektivvertrag. Sie ist jetzt sowohl weiblich als auch männlich.

***Das sind oft reine Formsachen. Aber es ist viel mehr dran ...***

Ja, es hängt sehr viel von Formulierungen ab. Das merkt man auch in Seminaren, wo es einen hohen Anteil von Männern und zwei, drei Frauen gibt. Wenn man nur die weibliche Anrede verwendet, regen sich die Männer sofort auf und fühlen sich nicht angesprochen. Bei Formulierungen für Besetzungen oder dem Texten von Beschlüssen merkt man: »Hoppala, da wird auch überlegt: Gibt es auch Frauen dafür?« Der sprachliche Bereich bewirkt viel. Es schaut zwar zuerst einmal blöd aus, aber es steckt sehr viel dahinter. Auch im Sprachwandel. Bei den Branchenbereichen haben wir Vereinbarungen, die jetzt in der Umsetzungsphase für komplett neue Entlohnungssysteme sind. Das hat Auswirkungen auf bisherige oder jetzige Diskriminierungen, die weiter vorhanden sind. Wo getrennt

wird in sprachliche Bereiche: Da gibt es die Näherin, aber es gibt keinen Näher. Damit ist klar: Das ist weiblich und bei den Facharbeitern ist klar, da braucht man quasi keine Frauen. Es geht darum, im System und in der Beschriftung der Tätigkeit darauf hinzuweisen. Und das ist auch gelungen, nachdem die Textilkollektivverträge ja nicht zu den Hochlohnbereichen gehören. Und es ist gelungen in kürzester Zeit die meisten Kollektivverträge auf 1.000 Euro mindestens anzuheben, was ja in manchen Bereichen innerhalb von zwei, drei Jahren fast 24 % Lohnerhöhungen ausgemacht hat. Das ist nicht so unwesentlich. Es bleibt zwar oft verborgen, aber diejenigen die es bekommen, haben das sehr wohl gemerkt.

***Nachdem wir jetzt, nach Abwendung der Katastrophe, letzten Endes doch in einer angespannten Finanzlage sind, müssen wir weiter an der Organisationsreform arbeiten.***

Trotz der ganzen Situation, die ja bis zu dem Zeitpunkt niemand geglaubt hätte, dass so etwas jemals möglich ist, war es für uns immer klar: Der ÖGB ist das Nonplusultra. Aber wir haben ja gesehen, es kann durch ein paar widrige Umstände auch das ins Wanken kommen. Wobei die Betroffenheit bei den Beschäftigten schon sehr hoch ist. Weil es ist ja nicht irgendeine Firma, sondern es ist auch eine Lebenseinstellung, wenn du beim ÖGB oder einer der Fachgewerkschaften arbeitest. Das ist nicht irgendein Job, sondern du gehst mit Herz hinein und mit Gefühlen. Das macht es für uns so schwierig, zu sagen: Wir müssen komplett in eine neue Richtung schauen. Ein Teil dieser neuen Richtung ist auch beim ÖGB-Kongress durch die einzelnen Beschlüsse der Reformen vorgegeben worden. Mit den Umstrukturierungen wurde ja bereits begonnen. Wir haben 17 Projekte im Bereich der Organisation beschlossen. Die sind weiter in Teilprojekte oder Arbeitsgruppen unterteilt, momentan sind 33 im Laufen. Hier wird diskutiert, wie man mit Strukturen umgeht, ohne dass man den Bereich, ohne dass man die Dienstleistungsbereiche gegenüber den einzelnen Mitgliedern einschränkt. Das ist eine

schwierige Gratwanderung. Hier wird in den einzelnen Bundesländern versucht, die Betreuungsstrukturen neu zu ordnen und neu aufzuteilen. Es geht darum, zu schauen, wie man besser und kostengünstiger werden kann. Letztendlich ist es immer auch eine Frage des Geldes: Wie kann man umstrukturieren, um möglichst viele Synergieeffekte nutzen zu können und Parallelstrukturen abzubauen. Hier gibt es Defizite und damit setzen sich jetzt die einzelnen Bundesländer auseinander.

***Oft wechseln Leute nur die Firma und melden sich nicht von sich aus. Und die gehen einfach verloren, wenn man da ein bisschen mehr dahinter wäre ...***

Da haben wir das Projekt »Stille Austritte«, wo man versucht, gewerkschaftsübergreifend Strukturen gemeinsam zu schaffen. Wie bei dem Projekt »Betreuung« sollen Strukturen geschaffen werden, dass solche Dinge nicht passieren. Es sind ja Mitglieder, die weder böse auf uns sind noch unzufrieden, sondern die einfach abhanden kommen, weil sie eine neue Firmen haben und dort unter Umständen keine Betriebsratkörperschaft ist, die sie anspricht. Manche sind oft der Meinung das geht automatisch, weil sie im ehemaligen Betrieb Betriebsratsabzüge gehabt oder sich Betriebsräte darum gekümmert haben.

***Es gibt eine zunehmende Zahl von Betriebsräten, die gar nicht Gewerkschaftsmitglieder sind.***

Betriebsräte, Betriebsrätinnen, werden ja in erster Linie im Betrieb gewählt und haben dort ihre Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu vertreten. Und man muss sie auch ansprechen, welche Hilfestellung, welche Möglichkeiten sie als Gewerkschaftsmitglied haben. Vielen ist es einfach nicht bewusst oder sie denken, sie sind automatisch dabei, wenn sie Betriebsräte sind. Und dann gibt es natürlich andere, die unter Umständen schlechte Erfahrungen gemacht haben. Manche sagen auch klipp und klar: »Für was brauche ich das?«

***Die müsste man halt auch überzeugen können.***

Die müsste man auch überzeugen. Und da muss man auch Möglichkeiten finden, an sie heranzukommen.

**Du bist ja gleichzeitig auch die Fraktionssekretärin der sozialdemokratischen GewerkschafterInnen. Obwohl da vielleicht zwei Herzen in deiner Brust schlagen, du bist ja für alle da.**

Hin und wieder ist es schon schwierig, wenn man sozialdemokratisch aufgewachsen ist und auch den Sinn erkannt hat, warum man etwas tut. Und im Arbeiter-/Arbeiterinnenbereich, glaube ich, hat man einfach auch eine gewisse Art der Heimat. Das heißt alles, was mit den Bedingungen zu tun hat. Egal, ob das die Gesundheit, die Altersvorsorge, die Unfallprävention ist, wenn du in einem Betrieb arbeitest. Also die ganze soziale Absicherung. Und als sozialdemokratische Fraktionssekretärin des ÖGB ist es für mich immer wichtig, der Partei die Schiene »Gewerkschaft«, nahezulegen. Und zu zeigen, dass nicht immer alles richtig ist, aus unserer Sicht, was sie machen. Und wir nicht Partei sind, aber sehr

viele Gemeinsamkeiten haben. Es gibt Wege, die wir gemeinsam beschreiten werden, aber es gibt auch Dinge, die wir sehr konträr sehen. Und als sozialdemokratische GewerkschafterInnen werden wir sehr darauf achten, dass unsere Interessen nicht untergehen.

**Es hat ja gewisse Krisen in der Beziehung mit der Partei, und es hat Proteste und Rücktritte gegeben. Und vielen fällt es jetzt schwerer, sich zu identifizieren. Aber ohne uns kann die Partei nicht mobilisieren und in die Betriebe gehen ...**

Aufgrund dieser Unstimmigkeiten in der Vergangenheit gibt es ja diesen Kooperationsausschuss, der aus jeweils vier Personen besteht, vier der Partei, vier der FSG, die über solche Dinge sprechen und Wege finden sollen. Was aber nicht heißt, dass dieser Kooperationsausschuss dafür da ist, keine Differenzen in verschiedenen Themenbereichen zu haben. Es wird Dinge geben, wo man sich innerhalb der Partei und der FSG näherkommen wird. Aber es wird auch Bereiche geben, wo wir Konflikte haben werden. Das ist so.

**Ohne Betriebsräte wäre ja auch die Gewerkschaft aufgeschmissen ...**

Für mich besteht die Gewerkschaft aus dem Gesamtkonzept. Das heißt ein Zusammenspiel von betrieblicher Vertretung über Betriebsräte, Betriebsrätinnen, Personalvertreter, Vertrauensleute, bis hin zum einzelnen Mitglied. Sonst ist eine Gewerkschaft keine Gewerkschaft, ist der ÖGB kein ÖGB. Für mich lebt die Gewerkschaft durch die Menschen und egal durch wen, von wem, durch jeden: Das ist ein Zusammenspiel all dieser Bereiche. Auch die Kammer ist für uns als Interessenvertretung unverzichtbar, weil sie sehr viel an wissenschaftlicher Arbeit und Grundlagenarbeit macht. Als Gewerkschaft haben wir eher den Teil, Menschen direkt und sofort zu helfen. Egal, ob das auf betrieblicher Ebene als Betriebsrat, Betriebsrätin, oder ob es bei Arbeitskonflikten ist. Das haben ja auch letztendlich die Demonstrationen gezeigt. Dass Gewerkschaften und der ÖGB mobilisieren können.

**Wir danken für das Gespräch.**



# Am Beispiel KiK und Aida

*Marktwirtschaft nach Geschmack der Unternehmer: Tagein tagaus wird das Hohelied auf die Marktwirtschaft gesungen, von der alle ihren Vorteil hätten. Ein Blick hinter die Kulissen lässt oft ein anders Bild zutage treten.*

Autor: Wilfried Leisch

Politologe und als freier Journalist sowie als Betriebs-, Energie- und Umweltberater tätig

**G**eht's der Wirtschaft gut, geht's den Menschen gut« ist der Werbeslogan der Wirtschaftskammer. Doch während die Konzerne Gewinne wie noch nie schreiben, wird bei den Beschäftigten der Rotstift angesetzt oder werden ArbeitnehmerInnenrechte verwehrt. Zwei Beispiele aus der jüngsten Zeit sind die Ereignisse beim deutschen Textil-Diskonter KiK und bei der österreichischen Konditorei- und Kaffeehauskette Aida.

## Aida

Die österreichische Traditions-Konditorei- und Kaffeehauskette Aida zählt insgesamt rund 300 Beschäftigte. Rund 100 Beschäftigte sind in der Produktion, knapp 200, vor allem Frauen, in 27 Filialen tätig. Aida erzielte zuletzt einen Umsatz von fast 15 Millionen Euro. Während es in der Produktion seit Jahrzehnten einen gewählten Betriebsrat gibt, war das bis zum 12. April 2007 in den Filialen nicht der Fall, weiß Erwin Hülber, Betriebsratsvorsitzender der Aida Produktion. Anstoß für das Bedürfnis, auch im Filialbereich einen Betriebsrat zu wählen, war der Umstand, dass die Aida-Geschäftsleitung im Jänner 2007 den Filialbeschäftigten in einem Brief mitteilte, dass per 1. März 2007 ein Wechsel vom bisher geltenden Kollektivvertrag (KV)

des Zuckerbäckergewerbes in den Hotel- und Gastgewerbe-KV erfolgen werde. In diesem Schreiben wurden die MitarbeiterInnen auch aufgefordert, möglichst schnell zu unterschreiben.

Doch Erkundigungen der ca. 200 Filialbeschäftigten, meist Frauen, bei den zuständigen Gewerkschaften vida und Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN) ergaben, dass der KV-Wechsel den Wegfall von Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschlägen bedeuten würde und sie bei einem Gehalt von 900 bis 1200 Euro mit Einbußen um die 200 Euro rechnen müssten. Laut den neuen Verträgen sollten die ArbeitnehmerInnen mit einer jederzeitigen Änderung der Arbeitszeiten einverstanden sein, keine Zuschläge mehr für Überstunden und Sonntagsarbeit mehr ausbezahlt werden und eine Abgeltung nur mehr über Ersatzruhezeit bzw. Zeitausgleich erfolgen. Für das rosa Arbeitsgewand soll noch vor Anstellungsbeginn eine Kautions hinterlegt werden. Zudem wird verlangt, »in allen bestehenden und zukünftigen Betriebsstätten (...) vorübergehend auch geringwertige Tätigkeiten auszuüben«.

## Konsumentenzufriedenheit und Profit

Dazu der vida-Vorsitzende Rudolf Kaske: »Ich fände es nicht gut, wenn Leute erst den Kaffee servieren und dann im Reinigungsdienst eingesetzt werden – etwa in den Toiletten. ... Die Preise ordentlich, die Löhne für die Filialmitarbeiterinnen schmal – das kann doch nicht das Aida-Konzept für die Zukunft sein. Schließlich sind es die MitarbeiterInnen von Aida,

die für Konsumentenzufriedenheit und Profit für das Unternehmen sorgen.«<sup>1)</sup>

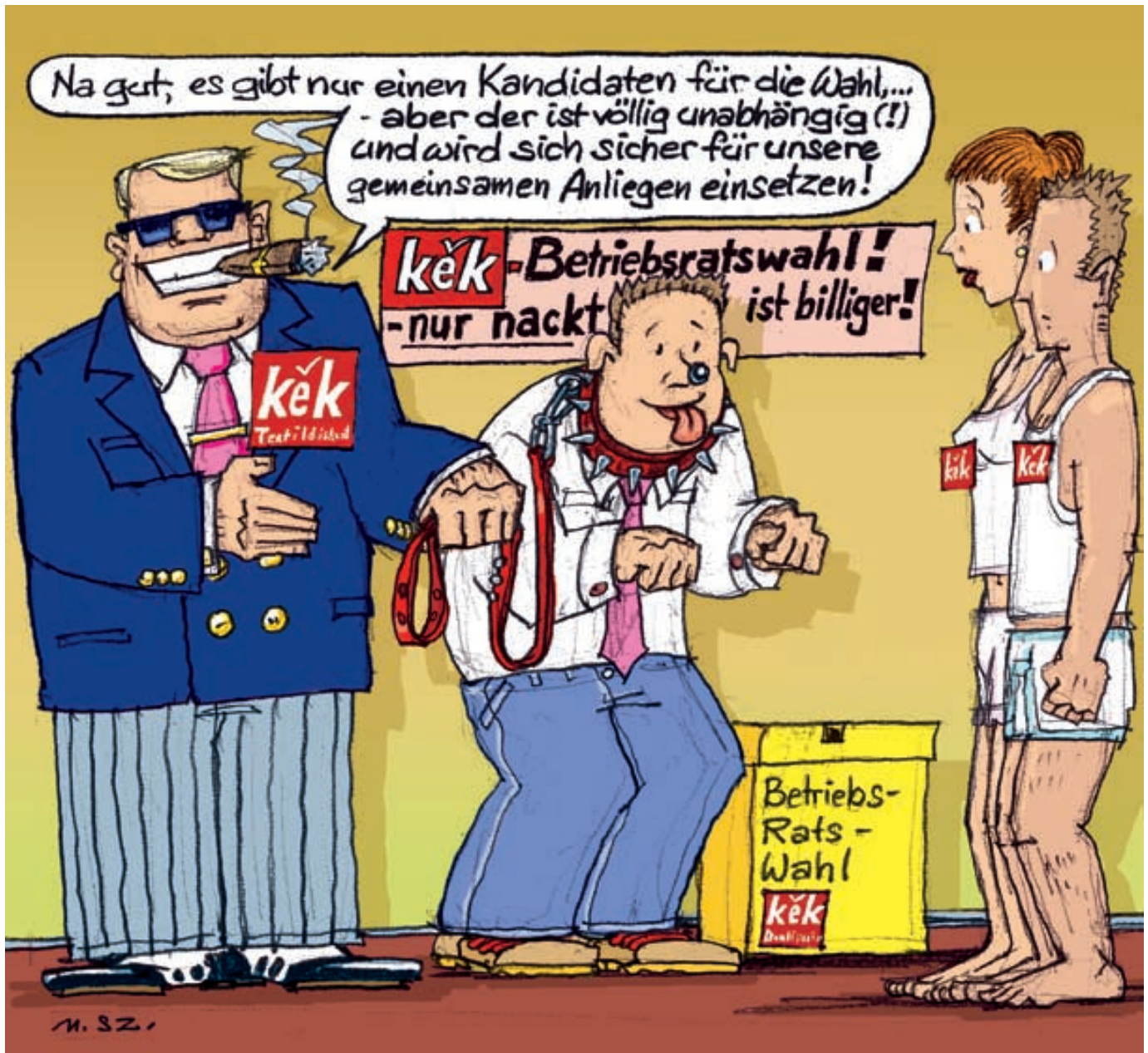
Weil die Aida-Geschäftsleitung eine Hinhaltetaktik betrieb, den KV-Wechsel mit 1. März vollzog und weiter auf die Unterschrift der Aida-MitarbeiterInnen drängte, gingen Beschäftigte und Gewerkschaften mit einer Kundgebung vor der Aida-Zentrale an die Öffentlichkeit. Kaske: »Wir stehen hier vor der rosa Zuckerwelt, aber es braut sich eine grausliche Melange zusammen. Die Beschäftigten in den Aida-Filialen sind mit massiven Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen und Lohnneinbußen konfrontiert. Das werden wir nicht hinnehmen.«

Nach mehreren Versammlungen und intensiver Information der Beschäftigten durch die Gewerkschaften erfolgte am 12. April die Wahl des ArbeiterInnen- und am 2. Mai die Wahl des Angestelltenbetriebsrates für den Filialbereich. Jetzt haben die Aida-Beschäftigten eine Vertretung vor Ort, können zum Beispiel in die Aida-Bilanzen Einblick nehmen und Betriebsvereinbarungen mit der Geschäftsführung abschließen.

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe erfolgte nach dem einseitigen Wechsel zum KV des Gastgewerbes die Entlohnung auf Basis einer »freiwilligen Überzahlung«, sodass die Beschäftigten brutto soviel erhalten wie vor dem 1. März, dem KV-Wechsel. Allerdings gibt es keine Zuschläge mehr und das trifft besonders allein stehende Frauen, die oft nicht mehr die Fixkosten bezahlen können, berichtet eine Aida-Betriebsrätin. Offen war zur

1) vida + GMTN-Presskonferenz 16. Feber 2007





Die Firma »kek« aus der Sicht des Karikaturisten Markus Szyszkwitz (Abdruck mit freundlicher Genehmigung aus »Solidarität – die ÖGB-Zeitschrift für die Arbeitswelt«).

Redaktionsschluss auch, ob die Aida-Geschäftsleitung die Hinhaltetaktik aufgibt und mit den BelegschaftsvertreterInnen in echte Verhandlungen eintritt, um die Verluste für die ArbeiterInnen auszugleichen.

### Kunde ist König

Außen hui, innen pfui, so könnte man den Textil-Diskonter KiK beschreiben. Zwar steht das Kürzel KiK für »Kunde ist König«, doch mit den Beschäftigten glaubt die KiK-Geschäftsleitung um-

springen zu können, wie es ihr passt. Der Textil-Diskonter KiK gehört zur deutschen Tengelmann-Gruppe, zu der auch die Ketten Obi, Plus und Zielpunkt gehören. Er ist im Besitz der Familie Haub, deren Vermögen laut US-Magazin Forbes auf knapp 3,8 Milliarden Euro geschätzt wird.<sup>2)</sup> Der Tengelmann-Konzern plant von 2006 bis 2009 an die tausend neue KiK-Filialen in Deutschland und hundert weitere Obi-Märkte in Europa.<sup>3)</sup> Die Vermutung liegt nahe, dass diese Expansion auf Kosten der Beschäftigten erfolgen soll, wenn man die Vor-

gänge auch in den 250 österreichischen KiK-Filialen beobachtet. »Billige Preise dürfen nicht durch die Missachtung der Rechte der Beschäftigten zustande kommen. Wir werden darauf achten, dass Unternehmensgewinne nicht auf dem Rücken der Beschäftigten gemacht werden«, schildert Manfred Wolf, GPA-DJP-Kollektivvertragsverhandler im Handel, worum es geht.

Zum Beispiel werden Einstufungen in den Kollektivvertrag oft nicht korrekt

<sup>2)</sup>www.forbes.com <sup>3)</sup>Kompetenz 2/2005

## AIDA-CHRONOLOGIE

**9./10. 2.:** GMTN und vida informieren die Beschäftigten direkt in den Aida-Filialen.

**13. 2.:** Betriebsversammlung von GMTN und vida im Kongresshaus in Wien, ca. 70 TeilnehmerInnen

**14. 2.:** Das für 15. 2. vereinbarte Gespräch der Gewerkschaften mit Aida-Geschäftsführer Michael Prousek wird kurzfristig von der Aida-Geschäftsleitung abgesagt.

**16. 2.:** Pressekonferenz von vida, ÖGB, GMTN zum Wechsel des Kollektivvertrages bei Aida: »Es geht nicht darum, den KV-Wechsel an sich zu verhindern. Aber in Verhandlungen soll eine Vereinbarung erzielt werden, die garantiert, dass das Einkommensniveau der Aida-KollegInnen nicht drastisch sinkt.«

**16./17. 2.:** Information der Beschäftigten direkt in den Aida-Filialen.

**19. 2.:** Informationsveranstaltung im Kongresshaus in Wien, bei der 60 Filial-MitarbeiterInnen beschließen, einen Betriebsrat zu wählen.

**15. 3.:** Schon zum dritten Mal trafen sich etwa 60 Frauen nach Dienstschluss, um sich von der Gewerkschaft beraten zu lassen. Betriebsversammlung zur Wahl des Wahlvorstandes.

**30. 3.:** Kundgebung mit 150 TeilnehmerInnen vor der Aida-Zentrale in Wien, Motto: »Zeigen Sie Solidarität«, gegen die Hinhaltenaktik (Gesprächsverweigerung) der Aida-Geschäftsleitung.

**April:** Aufklärung von KundInnen und KonsumentInnen über die Vorgänge bei Aida durch die Gewerkschaften: »Drama in 3 Akten« – »Kuchen für alle!« – »Erlebnisgastronomie«.

**12. 4.:** Aida-Filialbeschäftigte wählen einen ArbeiterInnenbetriebsrat.

**2. 5.:** Aida-Filialbeschäftigte wählen einen Angestelltenbetriebsrat.

**Mai/Juni:** Vida und GMTN unterstützen die neu gewählten BetriebsrätInnen gegenüber der Geschäftsleitung. Ziel: Betriebsvereinbarung zur Verhinderung finanziellen Verluste.

vorgenommen, fehlen Arbeitszeitaufzeichnungen, oder stehen unbezahlte Arbeitsleistungen auf der Tagesordnung. Die dünne Personaldecke führt dazu, dass nicht selten kurzfristig mehr gearbeitet werden muss. Oft sind auch die räumlichen und sanitären Bedingungen schlecht oder im Winter Heizungen nicht intakt. Vielen im Handel Beschäftigten wird diese Mängelliste bekannt vorkommen. Diese könnte auch noch verlängert werden. Was bei KiK hinzukommt, ist der Umstand, dass schon seit bald zwei Jahren die KiK-Beschäftigten vom ihrem Recht Gebrauch machen wollen, einen Betriebsrat zu gründen, was ihnen bis Juni 2007 seitens der KiK-Geschäftsführung verwehrt oder massiv erschwert wurde.

### Druck und Einschüchterung

Bereits am 21. November 2005 erfolgte bei KiK die Wahl eines Wahlvorstandes zur Durchführung einer Betriebsratswahl. Obwohl diese binnen Monatsfrist durchgeführt hätte werden müssen, geschah bis zum 12. Februar 2007 nichts. Das ist für den stellvertretenden Bundesgeschäftsführer der GPA-DJP, Karl Proyer, »skandalös und entspricht nicht den geltenden Rechtsvorschriften«.

Wie in allen Betrieben ohne Betriebsrat ist auch bei KiK der Informationsstand der Beschäftigten über ihre Rechte sehr niedrig. Das sollte wahrscheinlich auch nach Ansicht der KiK-Geschäftsleitung in der Zukunft so bleiben, weshalb sie die Wahl eines Betriebsrates durch Druck und Einschüchterung zu verhindern, zu erschweren, oder zumindest hinauszuzögern versuchte.

Weil seitens KiK Gespräche und Problemlösungen verweigert wurden, entschloss sich die GPA-DJP, sich direkt an die Beschäftigten zu wenden. So wurde im Herbst 2006 mit der Initiative »AMki(c)k« und mit der neuen Aktionsform von »Partner«-BetriebsrätInnen eine entsprechende Informationskampagne in allen KiK-Filialen Österreichs gestartet und damit gleichzeitig eine völlig neue gewerkschaftliche Betreuungsform für den Handel ausprobiert, ist GPA-DJP-Vorsitzender Wolfgang Katzian stolz. Ab 11. Oktober 2006 wurden alle 250 Filialen des Textil-Diskonters von

vor Ort tätigen GPA-DJP-BetriebsrätInnen verschiedenster Branchen besucht, die Beschäftigten über ihre Rechte aufgeklärt und mit dieser neuen Partnerschaft eine dauerhafte Betreuung vor Ort von Handelsangestellten, die keinen Betriebsrat haben, in enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft begonnen. Diese »Partner«-BetriebsrätInnen stellen ihre langjährige Kompetenz und Erfahrung in ihrer Freizeit zur Verfügung.

### Anfechtung

Im Rahmen der Aktion »AMki(c)k« startete die GPA-DJP auch eine Fragebogenaktion bei den Beschäftigten, die folgende Ergebnisse brachte und im Jänner 2007 präsentiert wurden: 98 Prozent wünschen sich einen Betriebsrat, 85 Prozent bekommen die Vor- und Abschlussarbeiten nicht bezahlt. 60 Prozent gaben an, dass ihre Wochenstunden willkürlich hinauf- bzw. herabgesetzt werden, mit jeder zweiten Arbeitnehmerin und zweiten Arbeitnehmer wird die vereinbarte Arbeitszeit nicht eingehalten. Gleichzeitig kündigte die Gewerkschaft an, weitere Aktionen zu starten, die sich an die KiK-KundInnen und die breite Öffentlichkeit wenden, sollte der Textil-Diskonter nicht einlenken.<sup>4)</sup>

Dieser Fall trat Mitte Feber 2007 ein, als der Spitzenkandidat für die Betriebsratswahl, Andreas Fillei, ohne Angabe von Gründen fristlos entlassen wurde und in allen KiK-Filialen Hausverbot erhielt. Fillei setzte sich schon von Anfang an für die Gründung eines Betriebsrates ein, wurde deshalb öfters schikaniert, zum Beispiel mit Versetzungen in andere Filialen – bis nach Wiener Neustadt – und war seit der Ausschreibung der Wahl am 12. Feber 2007 für die Liste »Wir sind KiK« bereits wahlwerbend tätig. Daraufhin erhob sich ein Proteststurm. Innerhalb von nur zwei Wochen gingen 8000 Protestmails ein. Per einstweiligem Gerichtsbeschluss wurde dann auch das Hausverbot vom Arbeitsgericht aufgehoben. Als somit einer Abwicklung der Betriebsratswahl nichts mehr im Wege stand, strich der KiK-Wahlvorstand, der aus lauter Leuten mit Nähe zur KiK-Geschäftsführung bestand, die Liste »Wir

4) GPA-DJP Pressekonferenz, 18. Jänner 2007





Die Firma »kék« aus der Sicht des Karikaturisten Markus Szyszkowitz (Abdruck mit freundlicher Genehmigung aus »Solidarität – die ÖGB-Zeitschrift für die Arbeitswelt«).

sind KiK« vom Wahlzettel. Einziger Kandidat: ein Assistent der Geschäftsleitung. Daraufhin kündigte GPA-DJP-Vorsitzender Wolfgang Katzian an: »Wir werden den Ausschluss der Liste von Kollegen Fillei bekämpfen. Für den Fall dass sie nicht kandidieren kann, werden wir die Wahl anfechten und eine Neuaustragung durchsetzen.«

### Stasi-Methoden

Gleichzeitig wurde bekannt, wie es so bei KiK zugeht: In Wien wurde eine Verkäu-

ferin wegen ihres Beitritts zur Gewerkschaft entlassen. Die GPA-DJP hat auch hier Klage auf Wiedereinstellung erhoben. In Salzburg muss die Gewerkschaft in fast jeder dritten KiK-Filiale arbeitsrechtlich einschreiten, weil unbezahlte Arbeitsleistungen und falsche Einstufungen in den Kollektivvertrag an der Tagesordnung stehen. »Wir sind erschüttert und schockiert, dass so etwas in der heutigen Zeit überhaupt noch passieren kann. Offensichtlich gibt es immer wieder Unternehmen, die geltendes Recht mit Füßen treten, sich um die Arbeitneh-

merinnen und Arbeitnehmer einen Dreck kümmern und arbeits- und sozialrechtliche Bestimmungen einfach ignorieren«, so Walter Steidl, Regionalgeschäftsführer der GPA-DJP in Salzburg, der den KiK-Obersten Stasi-Methoden vorwirft: Im Vorfeld einer Info-Veranstaltung für KiK-Beschäftigte in Zell am See erhielten etwa alle Mitarbeiter von der Unternehmensführung ein Schreiben, in denen ihnen bedeutet wurde, an keiner gewerkschaftlichen Veranstaltung teilzunehmen. Zudem seien die KiK-Bezirksleiter von der Unternehmensführung beauftragt wor-



den, »ihre eigenen Kollegen in der Freizeit zu fotografieren, um zu kontrollieren, wer an unserer Veranstaltung teilnimmt.«

### Getürkte Betriebsratswahl

Am 22. Feber, dem Tag der fristlosen Entlassung von Andreas Fillei, organisierte die Gewerkschaft vor der KiK-Österreich-Zentrale in Wien-Auhof eine Protestveranstaltung mit rund 400 TeilnehmerInnen und entsprechender medialer Aufmerksamkeit. Tatsächlich wurde die Wahl dann ohne der Liste »Wir sind KiK« durchgeführt, stand nur die Liste des Assistenten der Geschäftsführung zur Wahl, die vom 12. bis 15. März 2007 stattfand. Allerdings machte schon der Beschluss des Arbeits- und Sozialgerichts Wien vom 12. März klar, dass der Ausschluss der Liste von Fillei von der Wahl rechtswidrig war, erläutert Georg Grundei, der für KiK zuständige Regionalsekretär bei der GPA-DJP in Wien.

Weil trotz vorangegangenen Einschüchterungsversuchen und der damit verbundenen Angst unter den Beschäftigten, Aufmerksamkeit und Protest aus Belegschaft und Öffentlichkeit entsprechend groß waren und sich die Ereignisse negativ auf die KiK-Kunden auszuwirken drohten, wurde von der KiK-Leitung eingelenkt. Die bei der getürkten Betriebsratswahl gewählten Vertreter nahmen allesamt die Wahl nicht an. Damit war der Weg für Verhandlungen und eine Neuaustragung der Wahlen frei. Im Mai einigten sich KiK-Führung und GPA-DJP

darauf, den im Feber entlassenen Filialleiter und Betriebsratskandidaten von »Wir sind KiK«, Andreas Fillei, per 22. Mai 2007 wieder einzustellen, die Beschwerden der KiK-MitarbeiterInnen in einer eigenen gemeinsamen Arbeitsgruppe aufzuarbeiten und die gescheiterte Betriebsratswahl im Juni 2007 zu wiederholen.

### Zwischenbilanz

Für GPA-DJP-Regionalsekretär Georg Grundei sind die Aktionen rund um KiK mit »Partner«-BetriebsrätInnen ein gutes Beispiel, dass eine gemeinsame organisatorische Betreuung und Vernetzung von Branchen aus Industrie und Dienstleistungen sinnvoll und zukunftsorientiert ist. »Es war eine praktische Erprobung eines Informations- und Betreuungsmodells nahe am Mitglied – und sie war erfolgreich.« Das erste Etappenziel, BetriebsrätInnen zu wählen, ist sowohl bei KiK als auch bei Aida erreicht worden.

### Schweigen und Untätigkeit

Gleichzeitig wurde deutlich, wie es um die »Sozialpartnerschaft« steht, wenn es nicht um Sonntagsreden, sondern hart auf hart geht: Die Wirtschaftskammer schwieg beharrlich zum Verhalten von KiK und auch die im Kollektivvertrag vorgesehene paritätisch besetzte sozialpartnerschaftliche Schiedsgerichtsstelle, die sich mit den Arbeitsbedingungen im Handel beschäftigt, und die von der Ge-

werkschaft wegen KiK angerufen wurde, blieb untätig.

Erfolgreich waren die Belegschaften von Aida und KiK durch die Solidarität der Beschäftigten, die mit Hilfe von Gewerkschaften, BetriebsrätInnen, KonsumentInnen und der Öffentlichkeit Druck für ihre Interessen machten. Doch die Unternehmenseite versucht trotzdem und mit anderen Mitteln – wie sich sowohl bei Aida als auch bei KiK durch Boykottmaßnahmen und Hinhaltetaktik zeigte, ihr Programm, »Kosteneinsparungen« zu erreichen, weiter durchzusetzen.

### Neue Methoden!

Kämpfende BetriebsrätInnen und Gewerkschaften sowie neue Methoden in der Auseinandersetzung sind daher nötig und möglich, wie sich praktisch bewiesen hat. Dass so eine Haltung auch beträchtlichen Rückhalt in der Bevölkerung hat, zeigt nicht nur die konkrete Unterstützung der Proteste in der Öffentlichkeit, sondern auch eine jüngst durchgeführte IMAS-Umfrage über die Erwartungshaltungen der Österreicher: »Zu den überraschenden Ergebnissen der Studie zählt die verbreitete Skepsis der Österreicher gegenüber der Marktwirtschaft«, kommentiert die »Wiener Zeitung«: Demnach sprechen sich ein Drittel der Befragten dafür aus, den Kapitalismus zu bekämpfen, fast 25 Prozent sind der Meinung, dass die Wirtschaft durch den Staat kontrolliert werden sollte.<sup>5)</sup>

5) Wiener Zeitung, 23. Mai 2007, Seite 1 und 5



**Bitte helfen Sie...**

GESELLSCHAFT ÖSTERREICHISCHE  
**KINDERDOERFER**  
[www.kinderdoerfer.at](http://www.kinderdoerfer.at)  
 PSK 2486 000 / BLZ 60000



**Liberalisierung:**

## Hebel für massive Umverteilung erwiesen

Ohne neoliberale Dogmen in Frage zu stellen ist »soziales Europa« undenkbar.

Als Zeichen der Ernüchterung über die Auswirkungen neoliberaler Politik bewertet die Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB) die Kampagne des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) für öffentliche Dienstleistungen: »Allerdings wird es dabei nicht mit einer Unterschriftenaktion getan sein, wenn damit nicht auch eine kritische Hinterfragung der jahrelang vertretenen Politik verbunden ist«, meint GLB-Bundesvorsitzende Karin Antlanger.

Die LinksgewerkschafterInnen erinnern dabei daran, dass etwa von der SPÖ-Mehrheit in ÖGB und Arbeiterkammern kritische Einwände gegen maßgebliche Entwicklungen – beginnend mit dem EU-Beitritt über die Einführung des Euro, von der Lissabon-Strategie bis zur EU-Verfassung – jahrelang systematisch niedergebügelt wurden. Heute bestätigt sich diese

Kritik immer deutlicher, etwa wenn die Arbeiterkammer Oberösterreich in ihrem »AK-Report« nüchtern feststellen muss, dass die Nutznießer der Liberalisierung nicht die Lohnabhängigen bzw. KonsumentInnen sind, sondern die großen Konzerne. Und die EGB-Petition muss selbstkritisch feststellen, dass »die Liberalisierungspolitik der EU zahlreiche Arbeitsplätze vernichtet, Leistungen eingeschränkt und Qualität gemindert« haben.

»Nicht vergessen werden darf dabei auch, dass führende GewerkschafterInnen im Parlament den wesentlichen Weichenstellungen für die Liberalisierung zugestimmt haben, erinnert sei etwa an die Ausgliederung von Bahn und Post aus dem Bundesbudget oder von Kommunalbetrieben aus dem Gemeindebudgets als Beginn deren Zerschlagung und Privatisierung«, so Antlanger weiter. Nutznießer

dieser Entwicklung war stets das in- und ausländische Privatkapital, verloren hat dabei immer die Allgemeinheit.

Nach Meinung des GLB ist es für eine zeitgemäße Gewerkschaftspolitik notwendig, einige der zentralen Dogmen der EU als neoliberales Projekt wie etwa die vier Grundfreiheiten (Kapital, Güter, Dienstleistungen, Personen), die Maastricht-Kriterien für die Budgetpolitik und den Euro-Stabilitätspakt grundsätzlich zu hinterfragen. Es zeigt sich immer deutlicher, dass damit eine massive Umverteilung zugunsten einer winzigen Minderheit von Kapital und Vermögen betrieben wird, deren Kehrseite die zunehmende Prekarisierung und wachsende Armut sind: »Wer nicht bereit ist, über diese Themen zu reden, sollte auch nicht von einem sozialen Europa reden«, so Antlanger abschließend.

PA

# Machtverhältnisse in der Schiefelage

*1. Die Krise des Sozialstaats ist eine Krise in den Köpfen der wirtschaftlichen und politischen Eliten. 2. Der Sozialstaat ist eine politische Schranke gegen die Vermarktung menschlicher Arbeit. 3. Der Sozialstaat kann zurückgewonnen werden durch eine höhere Wertschöpfung und eine demokratische Solidarität.*

**D**iese Thesen stammen von dem Ökonomen und Jesuiten Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach. Beim Sozialstammtisch von ÖGB und katholischen Organisationen in Oberösterreich räumt Hengsbach mit der Mär von der Unfinanzierbarkeit des Sozialstaates, Globalisierungsdruck und der angeblichen demografischen Falle auf – und bricht eine Lanze für den Sozialstaat als Voraussetzung für Arbeitsproduktivität. Mit seinen ökonomischen Überlegungen entlarvt er angebliche Marktzwänge als Rechtfertigung für Sozialabbau als unhaltbar. Dass über gerechte Arbeitsverhältnisse nur mehr im Sinne der Anpassung diskutiert werde, liege nicht an Wettbewerbszwängen, sondern an einer Schiefelage der Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft.

## Gerechtigkeit?

Als einer der profiliertesten Vertreter der katholischen Sozialethik ist Hengsbach in kirchlichen Kreisen als scharfzüngiger Kritiker von Sozialabbau bekannt. »Die normative Frage nach Gerechtigkeit wird nicht mehr gestellt«, kritisiert Hengsbach. Die neue Gerechtigkeit in unserer modernen Gesellschaft sei jene der Chancengleichheit. »Es wird argumentiert, dass der Staat nicht mehr begleiten und unterstützen kann. Er zieht nur die Startlinie gleich für alle, dann laufen alle. Wer

sich anstrengt und als Erster ankommt, bekommt eine Belohnung, der Zehnte natürlich nicht mehr. Marktgerechtigkeit hat in der gegenwärtigen Debatte Vorrang vor Bedarfsgerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit vor Solidarität.«

**»In kapitalistischen Gesellschaften wird nicht nur die Arbeitskraft, sondern auch die Intelligenz der abhängig arbeitenden Menschen enteignet.«**

Wie aber schaut die Realität aus? Stehen reiche Industrieländer wie Österreich tatsächlich unter einem beispiellosen Globalisierungsdruck, der sie zwingt, soziale Errungenschaften auf den Prüfstand zu stellen und den Sozialstaat abzubauen? »Wir müssen den Gürtel enger schnallen und auf soziale Errungenschaften verzichten, weil in anderen Ländern die Arbeitskräfte billiger sind«, zitiert Hengsbach mit ironischem Lächeln die Prediger des Marktradikalismus. »Bei einer Exportquote von 42 Prozent kann aber der Wettbewerbsdruck nicht so dramatisch sein«, meint der Ökonom. »Und wenn man be-

denkt, dass ein Großteil der Exporte in andere westeuropäische Länder geht, kann wohl kaum von Niedriglohnkonkurrenz gesprochen werden.«

## Rattenrennen

Produktionsverlagerungen sieht Hengsbach gelassen: Einzelne seien natürlich betroffen, aber im Endeffekt würden beide Länder – jene, wohin es geht und jene, aus denen verlagert wird – profitieren. »Für das Land, wo es hingehet, bedeutet die Produktionsverlagerung Investitionen, Wachstum und mehr Kaufkraft. Länder wie Österreich profitieren von der gesteigerten Nachfrage aus diesen Ländern nach österreichischen Produkten. Die Frage ist nur, wie der Wohlstand verteilt wird. Werden die Opfer entschädigt oder durch Schnitte ins soziale Netz erneut bestraft?« Der Steuerwettbewerb als Versuch, Produktionsverlagerungen zu verhindern, sei eine politische Sackgasse. »Das ist ein Rattenrennen«, betont Hengsbach. »Einer streicht was, die anderen ziehen nach und alle stehen wieder gleich da. Schlechter als zuvor.«

## Geschlecht und Fairness

Chancen bietet der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Neue Märkte würden sich im Dienstleistungsbereich bei der Arbeit am Men-



schen, wie etwa im Wellness-Bereich, erschließen. »Mobilität, Bildung, Gesundheit und Kommunikation haben allerdings Grundrechtscharakter und müssen öffentlich zur Verfügung gestellt werden«, betont Hengsbach. 60 Prozent der gesellschaftlich notwendigen Arbeit werde heute im Privaten geleistet, ohne abgegolten zu werden. Meist von Frauen. »Männer sitzen im Aufsichtsrat, Frauen besuchen die Kranken. Die sexistische Arbeitsteilung ist nicht mehr zu akzeptieren. Erwerbsarbeit, private Arbeit und zivilgesellschaftliches Engagement müssen fair auf die Geschlechter verteilt werden«, sagt Hengsbach.

### Tabubrüche notwendig

Wenig Bedrohliches hat für Hengsbach die demografische Entwicklung. »Wir hören immer wieder, dass in 20 Jahren ein Erwerbstätiger einen Pensionisten zu finanzieren habe, was ein Ding der Unmöglichkeit sei«, sagt Hengsbach. Es sei richtig, dass der Anteil der Erwerbstätigen zurückgehe, nicht zuletzt deshalb, weil das Arbeitsvolumen weniger werde, die Produktivität aber höher. »Entscheidend ist nicht die Altersstruktur einer Gesellschaft, sondern ihre Produktivität. »Jene Gruppe, die erwerbstätig ist, muss genug erwirtschaften, um sich selbst und andere zu versorgen.« Die Geschichte zeige allerdings, dass erhöhte Produktivität nicht immer eine Erleichterung für die Betroffenen – etwa durch Arbeitszeitverkürzung –, sondern auch höhere Arbeitslosigkeit bedeuten kann. »Das Problem ist, dass das Sozialsystem an Lohn Einkommen geknüpft ist, der Anteil der Arbeitseinkünfte aber zu Lasten der Kapitaleinkünfte sinkt. Deshalb gerät jedes Sozialsystem, das auf Arbeit basiert, unter Druck, obwohl der gesellschaftliche Reichtum wächst. Die Basis erodiert. Die Finanzierungsgrundlage muss ausgeweitet werden.« Dafür seien aber Tabubrüche notwendig, über die sich offenbar niemand drüber traut.

### Monitäre Revolution

Der größte Unterschied zur realen Wirtschaft der Nachkriegszeit sei die Dominanz der Finanzmärkte. »Heute sind 82 Prozent der Finanzgeschäfte rein speku-

lativ, nur 12 Prozent haben mit Waren zu tun. Geld und Finanzen haben eine neue Bedeutung, seit 1973 die festen Wechselkurse aufgekündigt und das Wechselkursrisiko privatisiert wurden. Die Funktion von Geld ist heute eine andere. Geld war ein reines Tauschmittel, heute ist es Vermögensgegenstand.« Diese monetäre Revolution habe auch die Politik verändert. Inflationbekämpfung habe höhere Priorität als Wirtschaftswachstum.

»Der eigentliche Gegner der Gewerkschaft sind nicht die Arbeitgeber, sondern die europäische Zentralbank«, kritisiert Hengsbach. »Sobald ein Hauch von Inflationsgefahr am Horizont auftaucht, drückt sie auf die Bremse, und es kommt zu Abstürzen durch die restriktive Geldpolitik. Das ist das Ende jeder Lohnpolitik – aus Angst, die Krise weiter zu verschärfen.« Die Schieflage der Machtverhältnisse in der kapitalistischen Marktwirtschaft habe sich durch die Finanzmärkte weiter zugespitzt.

»Der solidarische Zusammenschluss der abhängig Beschäftigten ist notwendig, um auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Natürlich brauchen die Kapitalisten die Arbeiter, weil ihre Produktionsmittel sonst unrentabel werden. Aber sie können länger warten als die Mehrheit der Bevölkerung, die darauf angewiesen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen.«

### Brüchige Verhandlungsmacht

Diese Schieflage der Machtverhältnisse mache gerechte Arbeitsverhältnisse unmöglich. Der Sozialstaat als Schranke gegen die Vermarktung menschlicher Arbeit korrigiere diese Schieflage. »Seit die Regierenden die sozialen Sicherungssysteme deformiert haben, ist die kollektive Verhandlungsmacht der abhängig Beschäftigten brüchig«, meint Hengsbach.

Eine wesentliche Voraussetzung für Verhandlungen auf Augenhöhe sei das Arbeitsrecht, vor allem die Tarifverträge, die Rahmenbedingungen klar abstecken. Die sozialen Sicherheitssysteme seien notwendig, damit sich Arbeitnehmer mit aufrechtem Rückgrat am Arbeitsmarkt bewegen können, weil sie wissen, dass sie aufgefangen werden, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Hengsbach: »Die Al-



Pater Friedhelm Hengsbach SJ

ternative zu Sozialabbau besteht in einer normativen Aufwertung und politischen Festigung eines robusten Sozialstaats, der die Würde und die Rechte abhängig Beschäftigter verteidigt und gegen gesellschaftliche Risiken solidarisch absichert. Er ist sowohl Ursache als auch Wirkung einer höheren Wertschöpfung und Lebensqualität für alle.« *Carmen Janko*

**Siehe Interview nächste Seite**

## INFORMATION

### Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ

Der 69-jährige Jesuitenpater und Ökonom gilt als einer der profiliertesten Vertreter der katholischen Sozialethik und scharfzüngiger Kritiker des Sozialabbaus. Er studierte Philosophie, Theologie und Wirtschaftswissenschaften. Zwanzig Jahre lang war er Professor für Christliche Sozialwissenschaft und Wirtschafts- und Gesellschaftslehre an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main. Von 1992 bis 2006 leitete er das Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik.

# Steuerwettbewerb ist Sackgasse

Die Grundlage des Sozialstaates muss erweitert werden – Interview mit Jesuitenpater Friedhelm Hengsbach

**Arbeit&Wirtschaft:** *Bundeskanzler Gusenbauer hat mit seinem Sager: »Steuern runter macht Österreich munter« für Aufregung gesorgt. Warum geraten jene, die vor der Wahl Umverteilung propagieren, sobald sie Regierungsverantwortung haben, in neoliberales Fahrwasser?*

**Friedhelm Hengsbach:** Man darf nicht erwarten, dass alles, was vor der Wahl gesagt wird, auch realisiert wird. Das Gegenteil dazu ist Merkel in Deutschland, die vor der Wahl den Marktradikalismus propagiert hat und nun in der großen Koalition die soziale Gerechtigkeit entdeckt. Trotzdem ist es anachronistisch, dass ein Sozialdemokrat mit einer Ausweitung des Steuerwettbewerbs wirbt.

Die politische Orientierung in Österreich und Europa am Steuerwettbewerb ist eine Sackgasse, weil sich kurzfristige Vorteile sofort wieder wegkorrigieren. Wir brauchen eine koordinierte Steuer- und Finanzpolitik auf europäischer Ebene.

*Sie sagen, dass die Krise des Sozialstaates eine Krise in den Köpfen der wirtschaftlichen und politischen Eliten ist. Kann es sein, dass die Regierenden einfach nicht an Alternativen zum Neoliberalismus glauben?*

Die bürgerlichen Eliten, die das marktradikale Glaubensbekenntnis formuliert haben, brauchen selbst den Sozialstaat gar nicht. Sie sind nicht auf eine solidarische Versicherung angewiesen. Sie sind an Verbindungen mit der Privatwirtschaft, an privaten Möglichkeiten interessiert.

*Steckt der Sozialstaat in der Krise?*

Die Krise des Sozialstaates ist eine Krise der eingeschränkten Finanzierungsform, weil sie nur auf Arbeitseinkommen zurückgreift. Viel größer sind die Leistungs- und Gerechtigkeitsdefizite. Der

Sozialstaat darf nicht nur als Kostenfaktor gesehen werden. Er ist die Voraussetzung für die Produktivität der Wirtschaft.

*Der Handlungsspielraum der Politik wird zu Gunsten der Finanzwirtschaft kleiner. Das spüren auch Gewerkschaften. Was können Gewerkschaften – abseits der Umverteilung über KV-Politik – tun?*

Einerseits braucht es in Unternehmen nachdenkende Menschen, die davor warnen, auf Börserfolge oder kurzfristige Erfolge zu setzen. Zweitens muss die Gewerkschaft die Regierungen drängen, die Aufsichtskontrolle über Hedgefonds und freies Bankwesen wieder zu gewinnen

**Stichwort Prekarisierung:** *Wie kann den neuen Herausforderungen begegnet werden, die neue Arbeitsverhältnisse für Gewerkschaften schaffen?*

Die Gewerkschaften sind im Dienstleistungsbereich schwach organisiert, denken aber in Kategorien der Großorganisationen, der Industrie. Wir erleben den Wandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft.

Die Gewerkschaften müssen näher an die Interessen der einzelnen Leute, sie brauchen kleinere Einheiten, um Mitglieder zu gewinnen. Ein Problem für die Gewerkschaften ist, dass im Dienstleistungsbereich viele Frauen beschäftigt sind. Das Geschlechterverhältnis in den Gewerkschaften und die männliche Orientierung am Industriearbeiter wirken sich negativ aus.

Ich fürchte außerdem, dass sich die Gewerkschaften durch die enge Bindung an eine Partei selbst hemmen, Einfluss zu nehmen. In Österreich führt das zu einer Zähmung der Gewerkschaft durch die große Koalition. Gewerkschaften sollen sich nicht in die staatliche Sphäre hineinhängen, eine stärkere Trennung wäre notwendig. Gewerkschaften sollten sich wie-

der als Teil der Zivilgesellschaft verstehen und nicht als Staatsapparate.

*Gibt es in der Kirche Kräfte, die gegen den Neoliberalismus ankämpfen? Sind Koalitionen mit der Gewerkschaft möglich?*

Die Frauenbewegung und die Arbeiterbewegung in der Kirche sind zwei Bewegungen, die mit Gewerkschaften, aber auch Attac kooperieren können. Es entstehen neue Bündnisse auf lokaler und regionaler Ebene, die eine Chance für eine Gegenmacht zu staatlichen Aktivitäten sind.

*Wie können die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in den Sozialstaat und seine Leistungen wieder hergestellt werden?*

Zuerst muss betont werden, dass der Sozialstaat die Voraussetzung für Arbeitsmotivation und eine positive Einstellung zur Erwerbsarbeit der abhängig Beschäftigten ist. Das größte Arbeitshemmnis ist die Sorge, die Arbeit zu verlieren. Deshalb ist der Sozialstaat die Voraussetzung für Arbeitsproduktivität.

Die drei Säulen, auf denen der Sozialstaat bisher basierte, sind eine dauerhafte, ununterbrochene Erwerbsbiografie, eine sexistische Arbeitsteilung in der Ein-Ernährer-Hausfrauen-Familie und zwei bis drei Kinder pro Familie.

Alle drei Säulen sind brüchig. Nun gibt es die Möglichkeit der privaten Vorsorge für Reiche. Für die Masse der Bevölkerung geht das aber nicht, die gesellschaftlichen Risiken müssen solidarisch abgesichert werden.

Dazu muss die Grundlage des Sozialstaates erweitert werden. Alle Personen im Geltungsbereich der Verfassung müssen einbezogen und alle Einkommen beitragspflichtig sein.

*(Mit Peter Friedhelm Hengsbach sprach Carmen Janko.)*

Ungarn:

# Wunsch und Wirklichkeit auf dem Arbeitsmarkt

**Das bittere Erwachen der ungarischen Jugendlichen: die Beschäftigungssituation wird immer trister – ausländische Unternehmen sind die beliebtesten.**

**Junge Menschen träumen** gerne. Das ist gut so. Doch sollten die irrealen Träume tunlichst wenig mit Beruf und Arbeitsmarkt zu tun haben. Leider ist das in Ungarn nicht der Fall. Das Budapester Meinungsforschungsinstitut »KRC Research« und Opel haben im Rahmen einer internationalen Untersuchung auch die Beschäftigungsvorstellungen ungarischer Jugendlicher analysiert. Dabei stellte sich heraus, dass fast zwei Drittel der jungen Magyaren – knapp über 20 – einen Arbeitsplatz suchen, der »leicht und lustig« ist und darüber hinaus auch gut entlohnt wird.

## Mulatság

Während nämlich für gleichaltrige Spanier die Entlohnung bedeutend wichtiger ist als die »lustvolle Arbeit«, italienische, deutsche und englische »Jobanfänger« sich weder einen lustigen noch einen gut bezahlten Arbeitsplatz wünschen, dafür auf Karrieremöglichkeiten größten Wert legen, denken die jungen Ungarn weder an Karriere noch an Sicherheit am Arbeitsplatz, sondern ausschließlich an »Lust, Laune und Lohn«. – Mulatság über alles.

81 Prozent der großstädtischen Jugend in Ungarn wollen, dass ihr Arbeitsplatz »unterhaltsam« sei; was man unter diesem unerfüllten Wunsch auch verstehen mag.

Die Ungarn, vor allem die Älteren, gehören zu den Fremdsprachenmuffeln; nicht einmal ein Fünftel der Bevölkerung beherrscht eine Fremdsprache. Dieses Manko wiederum erkennen die Jugendlichen, und deshalb sehen die meisten unter den Befragten im Sprachunterricht »keine lästige Pflicht«, sondern ein »erstrebenswertes Ziel«. In keinem anderen untersuchten Land wollen so viele junge Menschen »mindestens eine Fremdspra-

che erlernen« wie in Ungarn. Abgesehen von dieser löblichen Erkenntnis verharren die meisten (81%) der jungen Ungarn in ihrer Traumwelt, da sie neben »Unterhaltung und guter Bezahlung« auch noch »viel Freizeit« wünschen. – Irrealistischer geht es wirklich nicht mehr.

## Auch Absolventen arbeitslos

Unter den arbeitslosen Jobanfängern gibt es in Ungarn leider auch viele Uni-Absolventen. Vor allem angehende Gymnasiallehrer sind ohne Anstellung, aber auch Wirtschaftsabsolventen stehen nach ihrem Uni-Abschluss vor einem existentiellen Nichts.

Die meisten jugendlichen Arbeitslosen sind allerdings Schulabbrecher bzw. mindestqualifiziert. Ihre Zahl wächst jährlich um rund 5000 unter den 50.000 jungen Menschen ohne Arbeit und Beschäftigung.

## »81 Prozent der großstädtischen Jugend in Ungarn wollen, dass ihr Arbeitsplatz ›unterhaltsam‹ sei ...«

Junge Berufsanfänger, aber auch Arbeitnehmer unter 40, würden am liebsten bei ausländischen Firmen und Unternehmen in Ungarn arbeiten, laut einer Untersuchung der Beratungsfirma »Hewitt Human AG«. Bis jetzt suchten viele Ungarn einen Arbeitsplatz im öffentlichen Sektor. Doch durch die krassen Budgetmaßnahmen der Regierung, aber auch der Kommunen, stehen ausländische Arbeitgeber hoch im Kurs. Hewitt-Human hat auch die beliebteste Branche ermit-

telt. Den »Sieg« trugen dabei Unternehmen der Energiewirtschaft davon. Das nicht so sehr deshalb, weil sie ihre Mitarbeiter gut bezahlen, sondern vor allem deshalb, weil sie transparente Strukturen haben und eine breite unternehmerische Informationspolitik bevorzugen.

Im Gegensatz zu den irrealen Wünschen junger Berufsanfänger schätzen die meisten ungarischen Arbeitnehmer ein »offenes Klima« am Arbeitsplatz. Bevorzugt bedacht von den befragten Arbeitnehmern werden nicht nur Unternehmen der E-Wirtschaft, sondern quer über den gesamten Arbeitsmarkt.

## Widerspruch erwünscht

So nahm voriges Jahr das Budapester Unternehmen »GlaxoSmithKline AG« den ersten Platz unter den beliebtesten Unternehmen ein, dessen Generaldirektor, György Leitner, in einem Interview mit der ungarischen Wirtschaftswochenzeitung HVG offen erklärte: »Ich bevorzuge kritische Mitarbeiter und unterstütze jeden, der mir logisch und berechtigt widerspricht.«

Unzufrieden sind vor allem ungarische Arbeitnehmerinnen mit der Unvereinbarkeit zwischen »Arbeit und Familienleben«. Dieses Problem haben männliche Beschäftigte nicht. Auch mit dem »Stress am Arbeitsplatz« werden Frauen in Ungarn schwerer fertig als ihre männlichen Kollegen.

Ein Gutteil der ungarischen Arbeitnehmer erwartet einerseits vom EU-Beitritt ihres Landes eine Zunahme der »guten ausländischen Unternehmen« in Ungarn, andererseits befürchten sie eine vermehrte Arbeitslosigkeit. Wie man diesen Widerspruch löst, das wissen die meisten Ungarn, alters-, geschlechts- und bildungsunabhängig, allerdings nicht.

*Peter Stiegnitz, Budapest*



# Kommentar

**Karl Kollmann**

Titularprofessor der WU  
und Abteilungsleiter-  
stellvertreter Konsumenten-  
politik in der AK-Wien.



## Glück und Geld ...

*In den Medien und in unserer Alltagswirklichkeit wird uns andauernd, tagtäglich aufs Neue, eine handfeste Geschichte erzählt, sie heißt: Mehr Einkommen = bessere Konsummöglichkeiten = mehr persönliches Glück, oder zumindest höhere Lebenszufriedenheit. Wie sieht es damit jedoch wirklich aus?*

**W**ir leben längst in einem marktgetriebenen System. Wirtschaftlicher Erfolg ist das Höchste, das ein Manager oder Politiker anstrebt. Die vielen Fusionen von Unternehmen, über die das Fernsehen und die Zeitungen ausführlich berichten, belegen das ja deutlich genug.

### Psychischer Kapitalismus

Größer ist da immer gleich besser. Und: Nur die Besseren, Größeren überleben. Diese Botschaften werden uns jeden Tag von manchen Hochlohn- und vielen Niedriglohn-Journalisten andauernd ins Gehirn geschossen. Die Hochlohn-Journalisten dürfen sich »Edelfedern« nennen, auch wenn sie intellektuell mitunter ziemlich marod sind, und die vielen Niedriglohn-Journalisten (Medien-Präkariat) möchten gern Edelfedern werden. So sind sie, die Medien, heute.

Und wir alle sind ja nicht viel anders. Der neue Jeep (SUV heißt das, »Sport Utility Vehicle«, wie das die Nordamerikaner nennen) des Nachbarn beeindruckt, ebenso die Urlaubsreise von Kollegen nach Kuba, Australien oder wohin auch immer. »Ach, die haben es schön.«

Glückliche Menschen, die sich mit links die vielen lebenswerten Belohnungen leisten können. Beneidenswert. Stimmts?

Mehr Anstrengung, mehr Arbeit, mehr Identifikation mit dem Arbeitgeber, intensiver Wettbewerb mit den Kollegen und Kolleginnen, die eher Mitbewerber geworden sind, rempeln, kämpfen – und dann wird alles besser. Auch das lernen wir mit und von den Medien und sehen es oft am Arbeitsplatz, und zunehmend auch in der Freizeit.

### Allerdings ...

Die Wirklichkeit für die mehr als sechs Milliarden Menschen auf diesem unseren Planeten sieht anders aus.

Persönliches Glück und Zufriedenheit hat nichts mehr mit Geld oder Konsummöglichkeiten zu tun – aber das ist schon auch ganz wichtig: Ist man mit seinen finanziellen Verhältnissen deutlich über der Armutsgrenze?

Ganz andere Dinge sind für das kleine persönliche Glück in diesem unserem zeitbegrenzten Leben wichtig. Etwa: Stabile Arbeitsverhältnisse, gelungene familiäre Beziehungen, Freunde, Vertrauen in die Regierung, langsame Veränderungen,

auf die man sich problemlos einstellen kann (Richard Layard: Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft. Frankfurt 2005).

### Glücksforschung

Das was Layard in seinem Buch »Die glückliche Gesellschaft« zusammengefasst hat, ist aber gar nicht so neu. Von der Öffentlichkeit (also in erster Linie den Medien) relativ unbemerkt hat Ruut Veenhofen in Holland seit vielen Jahren eine weltweite Datenbank des persönlichen Glücks, der persönlichen Lebenszufriedenheit aufgebaut. (Ruut Veenhofen: World Database of Happiness, Erasmus University Rotterdam)

[www1.eur.nl/fsw/happiness/index.html](http://www1.eur.nl/fsw/happiness/index.html)

Das weltweit gültige Ergebnis: Ist man über die Armutsgrenze hinausgekommen, dann gibt es keinen Zusammenhang zwischen persönlichem Zufriedenheitsgefühl und Geld, sprich: Einkommen und Konsummöglichkeiten.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Geoffrey Miller: Social Policy Implications of the New Happiness Research, [www.edge.org/3rd\\_culture/story/86.html](http://www.edge.org/3rd_culture/story/86.html)

## Wertelagen

Ein dritter renommierter Forscher kommt zum gleichen Ergebnis. Roland Inglehart, der seit rund vierzig Jahren die Wertelagen der Nordamerikaner und Europäer untersucht und durch seine Postmaterialismusthese in Wissenschaftskreisen zeitweise recht umstritten war. Aber wer bitte, der nicht allseits runde, sanfte schmusehafte Geschichten erzählt, ist nicht umstritten? Inglehart weist anhand einer weltweiten Befragung von hunderten tausenden Menschen nach, dass ab einer gewissen Einkommensschwelle Geld und persönliches Glück nicht mehr viel miteinander zu tun haben ([www.worldvaluessurvey.org](http://www.worldvaluessurvey.org)). Die Datensätze sind öffentlich zugänglich und wer mag und ein bisschen über statistische Kenntnisse verfügt, kann das auch selbst überprüfen.

## Die hässliche Seite

Die hässliche Seite ist auch markt- und mediengetrieben. Jeder achte Öster-

reicher, Frauen betrifft es noch ein bisschen mehr, ist armutsgefährdet. Das ist ein Skandal sondergleichen.

In einem der wohlhabendsten Ländern der Welt wird ein Achtel (jeder Achte, der an Ihnen vorübergeht) ausgegrenzt, er oder sie wird um Zufriedenheitschancen gebracht, allein und ausgegrenzt gelassen. Ein Mindestmaß an Konsummöglichkeiten gehört nämlich dazu, um an der Gesellschaft teilzuhaben.

Dazu kommt, dass die Statistik hier nur einen Teil der Wahrheit ans Licht bringt. Diese statistische Armutsgefährdungsgrenze ist relativ willkürlich EUweit bei 60 Prozent des Median-Äquivalenzeinkommens rechnerisch eingezogen worden – persönliche Umstände spielen hier gar keine Rolle mehr. Realistischer wäre eine Grenzziehung bei 70 Prozent, dann wäre es aber schon jeder Fünfte in diesem Land.

Und: Armut sieht man nicht, oder man will sie – Stichwort: markt- und mediengetriebener Konsumwettbewerb – oft auch gar nicht sehen.

## Lösungen

Lösungen gäbe es. Unverständlicherweise hat sich hier die sozialdemokratische Seite der Parteienlandschaft darum herumgedrückt. Vielleicht weil die Lösung vor rund 30 Jahren von fortschrittlicher katholischer Seite eingeworfen wurde (Anmerkung: der Autor dieser Zeilen ist Atheist). Nämlich ein bedingungsloses Grundeinkommen für jeden Menschen und zwar in einer Höhe über der Armutsgrenze.

Das Drumherum ist längst ausdiskutiert, für die meisten bliebe genug an Erwerbsarbeit und Berufsarbeitsbereitschaft. Ein solches Grundeinkommen (in der deutschen Diskussion heißt es auch manchmal Bürgergeld) wäre die Armutsbekämpfungsmaßnahme schlechthin und ein Anreiz für eine Neuorientierung des Arbeitsmarktes. Es wäre eine erste Säule der sozialen Sicherung, eine erwerbsarbeitsorientierte Rente im Umlageverfahren wäre eine zweite Säule und betriebliche Pensionskassen eine dritte. Da kapitalgedeckt, dann wohl auch eine etwas unsichere Variante.



# Globale Genossenschafter

*Der größte Konzern des spanischen Baskenlandes befindet sich in Arbeitnehmerhand, die Mondragón Corporación Cooperativa.*

*Autor: Reinhard Engel*

*Wirtschaftsjournalist und  
Auslandskorrespondent in Wien*

**S**eit einigen Jahren expandieren seine Unternehmen im Ausland – in Europa und Übersee – und kaufen dort Firmen zu. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die reine Lehre des Genossenschaftsgedankens – auf einmal werden die Mitglieder Arbeitgeber für andere Beschäftigte.

Der kühle Zweckbau hoch über dem Tal sieht aus wie andere Konzernzentralen auch. Durch seine großflächigen Glasfenster blickt man hinunter auf die Fabrikhallen, die sich dort aneinander drängen: Hier steht eine Gießerei, dort ein mächtiges Waschmaschinenwerk, direkt unter der Hauptverwaltung duckt sich die Lehrwerkstätte an den Hang, am gegenüberliegenden Hügel wachsen gerade die stählernen Rohbauten des neuen Technologie-Zentrums in die Höhe.

## Kein normaler Konzern

Aber die Mondragón Corporación Cooperativa im baskischen Bergland ist kein Konzern im üblichen Sinn. Denn bei seinen Besitzern handelt es sich nicht um alt eingesessene Unternehmerfamilien in ihren Villen neben den Fabriken. Es gibt weder Aktionäre im fernen Madrid noch im näheren Bilbao. Die Unternehmen

gehören den Arbeitnehmern – ausschließlich. Und die Firmengruppe, gegründet in den Fünfzigerjahren, hat es zu erstaunlicher Größe gebracht. Sie steht auf drei Säulen: die erste wird von einer Vielzahl industrieller Unternehmen gebildet, die zweite formt eine eigene Bank, und schließlich finden sich in einer Handelsdivision Supermärkte, Greißlereien und Lebensmittel-Produktionsgenossenschaften. Die Zahlen, knapp zusammengefasst: Der Gesamtumsatz von Industrie und Handel beträgt aktuell 13 Milliarden Euro, die Bank verwaltet Assets von zwölf Milliarden, insgesamt finden im Genossenschafts-Riesen 82.000 Menschen Arbeit und Brot, davon 35.000 im Baskenland.

## Bescheidene Anfänge

Mondragón hat freilich klein begonnen – die Genossenschaft ist aus der blanken Not entstanden. Das Baskenland, von dem Touristen meist nur die romantische Atlantikküste und die wohlhabenden Städte Bilbao und San Sebastian kennen, steigt hinter dem Meer steil an. In den engen Gebirgstälern siedelten schon lange Eisen verarbeitende Betriebe, nicht unähnlich jenen in der Steiermark, in Ober- und Niederösterreich. Man erzeugte Schlüssel, Beschläge, Waffen und lieferte an den Schiffsbau unten an der Küste zu. Nach dem spanischen Bürgerkrieg der Dreißigerjahre des vorigen Jahrhunderts war dies eine arme Gegend. Überdies hatten die Basken als linke Re-

publikaner zu den härtesten Gegnern Francos gehört und wurden nach dessen Sieg von der Madrider Regierung nicht gerade gefördert.

Ein hierher strafversetzter junger Priester namens José Maria Arizmendiareta begann in den Vierzigerjahren hinter den Bergen die Ideen von Selbstbestimmung, solider Ausbildung und Genossenschaftswesen zu predigen. Er gründete eine erste polytechnische Schule. 1956 kauften dann einige Arbeiter im kleinen Städtchen Mondragón einen Mini-Betrieb, der primitive Küchenherde erzeugte. Trotz akuter Kapitalknappheit und enormen Anlaufschwierigkeiten gelang das Experiment, die Firma, aus der das Haushaltsgerätekwerk Fagor werden sollte, wuchs schnell.

## Beispielgebend

Das Beispiel machte Schule und bald blühte eine Vielzahl unterschiedlicher genossenschaftlicher Betriebe, neben industriellen auch Molkereien und Fleischtzuchtfirmen, die Handelskette Eroski und diverse Dienstleister, etwa ein Reisebüro. Zu deren Finanzierung bauten die Basken eine eigene Bank auf, die Caja Laboral, und weil ein neues Gesetz die Arbeiter-Mitbesitzer als Selbständige aus der Sozialversicherung hinauswarf, gleich auch noch eine Versicherung. Geholfen hat laut heutigen ökonomischen Studien die große Nachfrage nach simplen Konsumgütern wie Herden, Kühlschränken und Möbeln. Eine wichtige Rolle spielte





Fotos: R. Engel

**Soziologe Harms: »Gegen wen sollten sie denn streiken?«**

aber auch die protektionistische Handelspolitik Spaniens, die ausländische Konkurrenten durch hohe Zölle draußen hielt.

»Es ist gelungen, die endogenen Kräfte der Region zu stärken, und nicht bloß mit hohen Subventionen multinationale Konzerne herzuholen«, analysiert Hans Harms, ein deutscher Soziologe, der als Politik-Berater in Spanien lebt. Er hat Anfang der Neunzigerjahre über Mondragón seine Dissertation geschrieben. Damals zählte die Gruppe 27.000 Mitglieder, heute ist sie fast dreimal so groß.

Genauer betrachtet wirkt schon allein der Industrie-Bereich wie ein unkoordinierter Bauchladen. Neben dem Haushaltsgeräte-Hersteller Fagor, dem Marktführer in Spanien, gehört dazu der Autobus-Produzent Irizar, mit 2500 Mitarbeitern einer der größten in Europa, weiters das Lift- und Rolltreppen-Unternehmen Orona oder die Stahlbauer Urssa und Ulma. Letztere haben etwa das spektakuläre

Guggenheim-Museum Frank Gehrys in Bilbao gebaut oder etliche Brücken des spanischen Architekten Santiago Calatrava. Eine Vielzahl von Mittelbetrieben mit 100 bis 500 Beschäftigten ist in der Automobil-Zulieferindustrie aktiv. »Sie finden kaum ein europäisches, japanisches oder amerikanisches Auto, in dem keine Bauteile oder Komponenten von uns stecken«, erzählt Patxi Ormazabal, der neben seinem Management-Job bei Mondragón auch noch als Präsident des baskischen Kooperativen-Verbandes tätig ist. Weitere Felder betreffen Industrie-Automation, Werkzeugbau, Energieerzeugung oder Engineering.

### Die Arbeiter entscheiden mit

Während dieses Wachstums hielt man aber strikt an der genossenschaftlichen Organisation fest. Denn das Eigentum an den Unternehmen hängt an den Personen, die in ihnen ihr Brot verdienen. Nach einer Probezeit mit einem her-

kömmlichen Arbeitsvertrag kann sich der Arbeiter oder Techniker, die Handelsangestellte oder Buchhalterin in der jeweiligen Genossenschaft, dem Unternehmen, einkaufen. Das kostet rund ein Jahresgehalt der niedrigsten Lohngruppe, der Anteil kann über mehrere Jahre hinweg abgestottert werden. Bei der Pensionierung oder beim Ausscheiden wird dieser verzinst wieder ausbezahlt.

Die Mitbesitzer wählen dann in ihren Genossenschaften die Firmenleitung, eine komplexe Organisation mit Generalversammlung, Vorstand, Aufsichtsrat und Management besorgt die Geschäfte. In den Hauptversammlungen hat jede Stimme dasselbe Gewicht, es gibt keine größeren oder kleineren Kapitalanteile. Gewerkschaften oder Betriebsräte existieren nicht, bloß Sozialräte, deren Mitglieder unternehmensintern auf die Bedingungen in der Produktion achten. »Gegen wen sollten die Genossenschafter auch streiken?« fragt der Soziologe Harms ironisch. »Etwa gegen sich selbst?«



Fabriken in Mondragón: Gießerei, Waschmaschinenwerk, Forschungszentrum

## Unterschiede zu Konsum oder Raiffeisen

Was unterscheidet nun diese Organisationsform Mondragón von Genossenschaften, wie wir sie in Österreich oder anderen Ländern kennen, etwa von jenen des untergegangenen Konsum oder denen von Raiffeisen?

»Bei uns sind wirklich die die Besitzer, die in den Unternehmen arbeiten, ob das jetzt Fabriken sind, Supermärkte, Molkereien oder Bankfilialen«, erklärt Mikel Lezamiz, Direktor der Mondragón-Management-Akademie Ortalora. »In den klassischen Konsumgenossenschaften sind die Konsumenten die Eigentümer, bei Raiffeisen die Bauern. Dort bleiben normalerweise die Beschäftigten Angestellte wie in herkömmlichen Unternehmen.«

Über die Jahre konnten die Mondragón-Firmen eine beeindruckende Erfolgsbilanz vorweisen. Verblüffend ist etwa die geringe Rate an Fehlschlägen bei

den zahlreichen Neugründungen. Nur einige wenige Kooperativen mussten wieder schließen, haben Ökonomen, die sich mit dem »Mythos Mondragón« beschäftigt, herausgefunden. Das heißt aber nicht, dass immer alles eitel Wonne ist im baskischen Bergland. Ein Gutteil der genossenschaftlichen Unternehmen agiert in stark zyklischen Branchen, auch sie nutzen mittlerweile Arbeitskräfte mit Zeitverträgen, um Auftrags-Schwankungen auszugleichen.

## Selbstherrlicher Banker

Auch das Management ist nicht sakrosankt. Vor kurzem hat man etwa einem langgedienten Generaldirektor der Arbeiterbank, Caja Laboral, überraschend seinen Vertrag nicht verlängert. Die offizielle Begründung – denn die Geschäfte liefen zufriedenstellend – lautete, dass nach 14 Jahren einfach eine turnusmäßige Ablöse angebracht sei. Hinter vorgehaltener Hand geben die Genossen-

schafter zu, dass der Banker überheblich und selbstherrlich geworden war und dass dies die Kontrolloren nicht mehr hinnehmen wollten.

Mächtiger Druck auf die Unternehmen kam auch von der internationalen Konkurrenz. Denn Spanien musste als EU-Mitglied seine zuvor strikt protektionistische Politik aufgeben. Den Wandel erkennt man am besten an einem Musterprozess vor der EU-Kommission, in dem sich Mondragón – gemeinsam mit anderen – erfolgreich gegen unerlaubte Subventionen Madrids für eine spanische Daewoo-Tochter durchsetzte.

Der dringend nötige Umbau erfolgte in mehreren Schritten. Zunächst einmal organisierten sich die Kooperativen analog zu privatwirtschaftlichen Konzernen neu: erst regional, später nach Industrie-Divisionen. Dann übernahm eine schlanke 60-Mitarbeiter-Holding Zentralfunktionen wie sektorale Investitionsplanung, Controlling oder Forschungs- und Ausbildungsentwicklung. Zur Un-





**Ausbildungs-Direktor Lezamiz: Anders als bei Raiffeisen oder Konsum**

terstützung von Unternehmen in der Krise besteht die Möglichkeit, überschüssige Arbeiter von einer Genossenschaft ohne Aufträge zu einer anderen mit Personalbedarf zu versetzen. Arbeitsplatz-Sicherheit ist das höchste Gut, aber nicht notwendigerweise immer im selben Betrieb. Und auch die Verluste einer schlechthühenden Genossenschaft werden nicht automatisch von den anderen oder von der Zentrale aufgefangen.

»Wir übernehmen nur 50 Prozent, den Rest müssen sie selber schaffen«, so Direktor Lezamiz.

### Going global

Schließlich beschritt man den Weg einer aggressiven Internationalisierung. Management-Ausbildner Lezamiz: »Wir sind keine Heiligen.«

Man bewege sich schließlich in global hoch kompetitiven Märkten und müsse das Spiel ebenfalls mitmachen. Mondragón habe zwar seine eigene interne

Struktur und seine besonderen Besitzverhältnisse, aber das kapitalistische Wirtschaftssystem wolle man keineswegs in Frage stellen. Sein Manager-Kollege Ormazabal, der nach einigen Jahren als baskischer Minister für Raumplanung und Umwelt wieder zu Mondragón zurückgekehrt ist und jetzt die Außenbeziehungen zu Kommunen, Regierung und Brüssel koordiniert, fügt hinzu: »Zu sagen, wir wollen keine Gewinne machen, wäre Schwachsinn.«

Schulungs-Direktor Lezamiz bringt für die Haltung der Genossenschaftler zur Globalisierung gerne ein griffiges Beispiel, jenes der Druckkochtöpfe. Diese erzeugt man seit vielen Jahren, rund 150 Leute arbeiteten bei ihrer Fertigung.

Aber der internationale Kostendruck wurde stärker, also stellte sich eine existenzielle Frage: Schließen oder expandieren?

Man votierte sowohl in der Genossenschaft als auch in der Zentrale für den Schritt nach vorne.

### »Huhn« eintippen

Heute wird die Standardware von einigen hundert Chinesen am anderen Ende der Welt hergestellt, aber auch die eigene, kleine Fabrik konnte wachsen. 220 Basken bauen jetzt High-Tech-Druckkochtöpfe für die modernen, berufstätigen Europäerinnen und Europäer. Sie entwickelten einen programmierbaren PDA, auf dem man etwa »Huhn« eintippt, und dieser berechnet die entsprechende Kochzeit. Deren Beginn kann man entweder im Vorhinein festlegen oder via SMS vom Arbeitsplatz aus aktivieren.

Aber die Konzern-Planer von Mondragón spielen auch auf größeren Tastaturen. So entschloss sich etwa vor mehr als einem Jahr das Fagor-Management, einen gewichtigen Konkurrenten und Hersteller von Weißware zu übernehmen, die französische Brandt-Gruppe. Diese erreichte mit 4000 Mitarbeitern in mehreren europäischen Ländern etwa die Dimension der eigenen Genossenschaft.





**Irizar-Busse: Tochterfirmen in Mexiko, Brasilien und China**

Wegen des gewaltigen Umfangs der Investition musste in der Genossenschaft Fagor eine Generalversammlung einberufen werden, die Stimme jedes der 4000 Mitbesitzer zählte dabei gleich viel, egal ob sie aus dem Management oder aus der Fabrik kam. »Wir haben uns intensiv damit beschäftigt«, erzählt ein Arbeiter, »in einigen Konferenzen haben wir darüber debattiert.« Eine Zwei-Drittel-Mehrheit war nötig, mit mehr als 80 Prozent stimmten die Genossenschafter schließlich für den Kauf.

### Genossen oder Kapitalisten?

Die Brandt-Übernahme zeigt anschaulich, welche neuen Probleme sich die Genossenschafter mit ihrer Internationalisierung einhandeln. Denn plötzlich werden sie mit ihren Zukäufen zu Arbeitgebern anderer Beschäftigter. Sie müssen auf einmal mit Betriebsräten in ausländischen Unternehmen verhandeln – und ihre Position ist die der Kapitalisten. Auch andere bisher sorgfältig austarierte Gleichgewichte kommen ins Wanken: Der französische Generaldirektor von Brandt verdient etwa das 35-fache seines neuen

Vorgesetzten, des Chefs von Fagor. Denn innerhalb der genossenschaftlichen Unternehmen ist zwar in den letzten Jahrzehnten die Lohn- und Gehaltsschere ebenfalls aufgegangen, aber noch immer tragen die Spitzenmanager nur etwa das acht- bis neunfache des niedrigsten Arbeitergehaltes nach Hause, einen Bruchteil der Gehälter ihrer Kollegen in der Privatwirtschaft. »Bei uns verdienen die Arbeiter etwas mehr als der regionale Branchenschnitt«, erklärt Bildungs-Manager Lezamiz, »Techniker und Spezialisten bekommen etwa das, was der Markt hergibt, Spitzenmanager deutlich weniger.« Dennoch lassen sich nur Einzelne von hohen Angeboten privater Konzerne aus ihren Unternehmen herauslocken.

Richtungstreue Genossenschafts-Theoretiker sehen mit dieser Internationalisierung freilich bereits die gesamte Ideologie gefährdet. Man werde damit immer ähnlicher zu herkömmlichen Konzernen, die Entscheidungen fielen immer zentraler, die Mitbestimmung leide beträchtlich. Die Mondragón-Manager wissen darum, geben sich aber ganz pragmatisch: »Das Wichtigste ist, dass das Projekt ökonomisch erfolgreich ist«, so Ex-Minister

Ormazabal. »Wenn nicht, kann man den Rest vergessen.« Aber sie erkennen auch die langfristigen Gefahren für die Genossenschafts-Idee. Man hat bereits komplizierte Modelle entwickelt, wie die Arbeiter in den übernommenen Unternehmen ebenfalls schrittweise Teilhaber werden könnten – erst über Mitarbeiter-Aktien, später als volle Genossenschafter.

Für den darunter liegenden notwendigen ökonomischen Erfolg wurden aber bereits weitere Weichen Richtung Zukunft gestellt – und auch diese scheinen aus der Privatwirtschaft vertraut: In fünf Sektoren, wo man teilweise bereits aktiv ist, will man verstärkt investieren: in die Flugzeug-Zulieferung, in neue Energien wie Windkraft und Solarpaneele, in die Informationstechnologie, in Gesundheit und Biotechnik, sowie in alles, was den gesamten Komplex des Alterns betrifft – von generationengerechten Möbeln und Geräten bis hin zum Management von Seniorenheimen. Aber dass ihre Genossenschafts-Idee damit zum alten Eisen gehört, das würden wohl alle in Mondragón heftigst dementieren. Auch wenn längst eine Hälfte ihres Herzens kapitalistisch schlägt.

# Statistiken sind Argumente

	Verbraucherpreisindex Veränderungen in Prozenten gegenüber dem Vorjahresmonat			
	Nationale VPI		Harmonisierte VPI	
	April 07	Mai 07	April 07	Mai 07
Belgien	1,8	1,3	1,8	1,3
Deutschland	1,9	1,9	1,7	2,0
Finnland	2,6	2,4	1,5	1,3
Frankreich	1,3	1,1	1,3	1,2
Griechenland	2,5	2,6	2,6	2,6
Irland	5,1	5,0	2,9	2,7
Italien	...	1,5	1,8	1,9
Luxemburg	2,1	1,9	2,5	2,3
Niederlande	1,8	1,8	1,9	2,0
Österreich	1,8	2,1	1,7	2,1
Portugal	...	...	2,8	...
Slowenien	2,6	2,9	2,9	3,1
Spanien	2,4	2,3	2,5	2,4
VPI-EWU	...	...	1,9	1,9
Bulgarien	4,2	4,5	4,4	4,5
Dänemark	1,7	1,8	1,7	1,7
Estland	5,5	5,7	5,6	5,9
Lettland	8,9	8,2	8,8	7,8
Litauen	4,8	4,8	4,9	5,0
Malta	...	...	...	-1,0
Polen	2,3	2,3	2,2	2,3
Rumänien	3,8	3,8	3,8	3,9
Schweden	1,9	1,7	1,6	1,2
Slowak. Rep.	2,7	2,3	2,0	1,5
Tschech. Rep.	2,5	2,4	2,7	2,4
Ungarn	8,8	8,5	8,7	8,4
UK	2,8	2,5	2,8	2,5
Zypern	1,8	2,2	1,6	1,9
EU 25	...	...	2,2	2,1
Island	5,3	4,7	4,2	4,0
Norwegen	1,4	1,4	0,5	0,6
VPI-EWR	...	...	2,2	2,1
Schweiz	0,5	0,5	...	...
USA	2,6	...	...	...

## Der Arbeitsmarkt im April 2007

	Stand Mai 07	Veränderung zum Vormonat	Vorjahresmonat
Unselbstständige Beschäftigung ohne KUG/Präsenzdiener	3.336.557	25.908	59.407
Arbeiter	1.320.487	22.951	19.570
Angestellte u. Beamte	2.016.070	2.957	39.837
Männer	1.804.875	15.114	29.544
Frauen	1.531.682	10.794	29.863
Ausländer	412.207	11.071	21.323
Inländer	2.924.350	14.837	38.084
Vorgemerkte Arbeitslose	197.796	-21.579	-14.054
Männer	103.416	-12.783	-8.420
Frauen	94.380	-8.796	-5.634
Ausländer	34.648	-5.013	-1.958
Inländer	163.148	-16.566	-12.096
Jugendliche (bis unter 19)	6.846	-1.181	-171
Jugendliche (19 bis unter 25)	23.595	-3.858	-2.298
Ältere (50 bis unter 55)	19.574	-2.020	-672
Ältere (55 bis unter 60)	15.393	-1.226	-1.465
Ältere (über 60)	3.815	-134	-121
Arbeitslosenquote	5,6	-0,6	-0,5
Offene Stellen	41.942	345	7.353
Lehrstellensuchende	3.939	-289	-278
Offene Lehrstellen	3.334	64	-309
Geringfügige Beschäftigung*	246.160	1.779	8.362
Männer	75.194	436	3.406
Frauen	170.966	1.343	4.956
Arbeiter	135.442	1.226	3.033
Angestellte	110.718	553	5.329

\* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für Interessenvertreter und jeden politisch und jeden interessiert.

**Datenquellen:** Statistik Austria/EUROSTAT, laufender Monat.  
**Anmerkung:** Der harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- und Beschäftigungspolitik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.  
 ... = Bei Redaktionschluss keine Werte bzw. für Luxemburg zum Teil nur mehr HVPI-Werte verfügbar.  
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum

# Blutfreitag

## Der Justizpalastbrand am 15. Juli 1927 und heute noch aktuelle Fragen

*Zwei politische Morde zu viel. Eine von Betriebsräten organisierte disziplinierte Protestdemonstration wird zum chaotischen Aufruhr. In der Auseinandersetzung zwischen Staatsgewalt und Gerechtigkeit fordernden Bürgern ist seit der Märzrevolution 1848 nie mehr so viel Blut Unbewaffneter vergossen worden.*

Autorin: Brigitte Pellar

Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte  
in der AK Wien

**89 Menschen sterben. Die junge österreichische Demokratie gerät unter extremen Druck. Das alles ist Geschichte, aber diese Geschichte wirft Fragen auf, die auch 2007 noch aktuell sind.**

**A**uslöser der Demonstrationen am 15. Juli 1927 war der Freispruch der Täter nach einem politischen Doppelmord im Jänner 1927.

Die erste österreichische Demokratie, die diesen Namen auch verdiente, stand schon kurz nachdem das Parlament 1920 ihre Verfassung beschlossen hatte unter ständigem Druck von extrem rechts. Monarchistische Frontkämpferorganisationen, deutsch-faschistische »Hakenkreuzler« und Heimatschutzverbände rekrutierten ihre Mitglieder vor allem aus dem Reservoir an orientierungs- und arbeitslos gewordenen »Helden« des Ersten Weltkriegs. Sie standen unterschiedlichen politisch-weltanschaulichen Lagern nahe: die einen eher den Parteien, die nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei aus der Regierung 1920 die Koalitionsregierungen bildeten, den Christlich-sozialen oder österreichischen deutschnationalen Parteien, die anderen den deutschen Nationalsozialisten. Obwohl ihre

Mitglieder nicht selten von der einen zur anderen Organisation wechselten, hassten sie sich oft gründlich. So entging auch der christlichsoziale Bundeskanzler Seipel nur knapp einem Attentat der »Hakenkreuzler«. Alle drei gemeinsame Feinde: die parlamentarische Demokratie, »die Juden« und die sozialdemokratische (und die in Österreich noch unbedeutende kommunistische) Arbeiterbewegung mit ihren Freien Gewerkschaften.

### Waffen

In der Polizei konnten sich die rechts-extremen »Wehrverbände« auf viele Sympathisanten stützen, und die Mitte-Rechts-Parteien sahen in ihnen nützliche Idioten, die ihnen helfen konnten, die lästige sozialdemokratische Opposition ins Eck zu drängen. So war offiziell allen paramilitärischen Organisationen das Tragen von Waffen verboten, aber während das Einhalten dieses Verbots beim Republikanischen Schutzbund der Sozialdemokratie strengstens überwacht wurde, drückte man das rechte Auge fest zu. Jene Politiker der Regierungsparteien, die die parlamentarische Demokratie prinzipiell für gut hielten, spielten das dreieckige Spiel mit. Wie ein Jahrzehnt später manche deutschen Politiker glaubten sie, die Rechtsextremen schon ausreichend unter Kontrolle zu haben, um sie zurückpfeifen zu können. Dass sie sich damit selbst belogen, zeigten die Entwicklung in Österreich nach 1927 und die »Machtergrei-

fung« der Nationalsozialisten in Deutschland 1933. Hier stellt sich die erste Frage, heute aktuell wie vor 80 Jahren: Wie weit dürfen Parteien und Regierungen in einer Demokratie gehen, um sich gegen ihre politischen Gegner zu behaupten? Ist es egal, welche Verbündeten und welche Mittel man sich aussucht um ein politisches Ziel zu erreichen?

### Mörder und Gemordete

Es ist nicht verwunderlich, dass das erste Opfer eines politischen Mordes ein aktiver Gewerkschafter war: Franz Birnecker, ein Vertrauensmann und Betriebsrat der Semperit-Werke. Die Killer, die ihn am 17. Februar 1923 töteten, gehörten einer Gruppe namens »Ostaran« an. Beim Attentat auf den Eisenbahnarbeiter Still im Mai 1923 waren »Hakenkreuzler« die Täter. Zwei weitere Arbeitermorde durch Rechtsextreme folgten. Die Mörder entkamen oder fanden sehr milde Richter. In dieses Klima der Angst und Gewalt hinein fielen die Schüsse von Schattendorf.

In der burgenländischen Gemeinde Schattendorf fand am 30. Jänner 1927 ein Treffen des Republikanischen Schutzbundes statt. »Frontkämpfer« hatten sich ebenfalls und mit dem erklärten Ziel eingefunden, die Versammlung der »Roten« zu sprengen. Als einige Schutzbündler in das Gasthaus eindringen, das der Vereinssitz der »Frontkämpfer« war, wurden sie zurückgetrieben und mussten hinter





**Mit der militärischen Bewaffnung der selbst verängstigten und aufgebrauchten Polizeimannschaften begann das Massaker des 15. Juli.**

Bäumen Deckung suchen. Drei »Frontkämpfer« schossen aus dem ersten Stock in den Rücken der Weitermarschierenden und trafen sehr genau. Mehrere Verletzte blieben auf der Strecke. Matthias Csarits, als Folge einer Kriegsverletzung auf einem Auge blind, streckte seine »Frontkameraden« durch Schüsse in den Hinterkopf nieder. Am Schluss des Aufmarschs liefen neugierige Kinder mit, darunter der achtjährige Josef Grössing, Sohn eines gewerkschaftlich organisierten Eisenbahners. Den Kleinen traf eine Kugel mitten ins Herz. Die Trauerkundgebungen für die beiden Toten wurden zu einer großen Protestdemonstration gegen Gewalt als Mittel der Politik. Wiens Bürgermeister Karl Seitz erklärte: »... die politische Frage, die sich vor uns ungeheuer groß erhebt, ist: Soll die Reaktion in Österreich faschistische Formen annehmen oder soll der Klassenkampf in Österreich in den Formen der Kultur und Zivilisation geführt werden? Das Volk der deutsch-österreichischen Republik ist seiner historischen Aufgabe gewiss, den Klassenkampf in den Formen europäischer Zivilisation zu führen.« Und der sozialdemokratische Spitzenpolitiker Otto Bauer beschwor bei der Beerdigung der beiden Todesopfer den Kampf »für eine Welt, in der solche Verbrechen ... nicht mehr möglich und nicht mehr denkbar sind«.

### **Kultur und Zivilisation**

Der Aufruf zur Besonnenheit, dem sich auch die Reichskommission der Freien Gewerkschaften anschloss, wurde gehört.

Es blieb trotz aller Empörung ruhig, die Proteste geschahen »in den Formen von Kultur und Zivilisation«. Am Tag der Beerdigung riefen die Freien Gewerkschaften in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland zu einem Trauerstreik auf. Eine Viertelstunde lang ruhte die Arbeit, die Menschen standen stumm neben den Maschinen, Werkzeugen und Schreibtischen. Diese Form des Gedenkens und des Protests wurde nach 1945 auch manchmal vom ÖGB gewählt, zum Beispiel 1995, als im burgenländischen Oberwart vier Roma durch die Sprengfalle eines rechtsextremen Fanatikers getötet worden waren. Hier schließt sich die zweite aktuelle Frage an: Darf es überhaupt sein, dass »Politik« in den Betrieb, an den Arbeitsplatz »hineingetragen« wird? Manche verneinen sie, die österrei-

chische Gewerkschaftsbewegung hat sie in zwei Richtungen beantwortet. Sie sagte immer »Ja, wenn es um Anliegen geht, die die Demokratie und damit alle Menschen in unserem Land betreffen«. Sie sagte immer »Nein, wenn es um tagespolitische Auseinandersetzungen geht«.

1927 setzten die Führung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und die Gewerkschaftskommission darauf, dass diesmal die Sicherheitsbehörden, die Gerichte und die Regierung »ihre Pflicht erfüllen« und einem Schuldspruch für die Mörder nichts in den Weg legen würden. War diesmal doch nicht nur ein »roter« Aktivist das Opfer, sondern ein Kind, dem nichts anderes vorgeworfen werden konnte, als neugierig gewesen zu sein. Gendarmerie und Staatsanwalt entsprachen auch den Erwartungen. Der Staats-

**Die ersten Demonstrationen am 15. Juli 1927: Voller Wut, aber ruhig, geordnet, unbewaffnet.**







anwalt ließ sich durch politischen Druck nicht irritieren. Er lehnte Geschworene ab, die er für zu befangen hielt, und ging bis zu seinem Schlussplädoyer nicht von der Anklage ab, die belegte, dass die drei »Frontkämpfer« keinesfalls in Notwehr, sondern vorsätzlich gehandelt hatten. Aber die Geschworenen erklärten die Angeklagten für »nicht schuldig«.

### Verzerrtes Bild

Was nach dem Freispruch der »Schattendorfer Mörder« geschah, hört sich in den meisten Geschichtsdarstellungen so an: Voller Wut über das Urteil, zusätzlich aufgehetzt durch einen Artikel der sozialdemokratischen »Arbeiter-Zeitung« und an-

**Oben:** Beerdigung des kleinen Eisenbahnerbuben Josef Grössing in Schattendorf. Die Trauerfeiern für die Opfer der rechtsextremen »Frontkämpfer« im burgenländischen Schattendorf wurden zum – vergeblichen – Appellen für einen Umgang mit politischen Konflikten unter Beachtung demokratischer Spielregeln.

**Rechts:** Berittene Polizei »zerstreut« brutal die Demonstrantinnen und Demonstranten. Es fließt Blut. Die Angegriffenen lassen sich auch von Ordnern nicht mehr bremsen. Pflastersteine fliegen, es fließt wieder Blut. Jetzt fürchten auch die Polizisten um ihr Leben.

**Unten:** Einer der 85 Toten, die Polizeischüssen zum Opfer fielen.



gestachelt durch kommunistische und linksextreme Provokateure marschierten die Arbeiter aus den Vorstädten in wilden Haufen in das Zentrum, stürmten fast das Parlament, griffen die Polizei und Zeitungsredaktionen an und steckten den Justizpalast in Brand. Die Sicherheitskräfte mussten hart durchgreifen, um ihr eigenes Leben zu verteidigen, die noch im brennenden Gebäude Eingeschlossenen zu retten und das Chaos in den Griff zu bekommen. Sie gingen dabei manchmal mit zu viel Brutalität vor, aber nicht nur die Demonstranten, auch die Polizei selbst hatte Todesopfer zu beklagen. Ein Teil der sozialdemokratischen Parteiführung wollte überdies die Unruhen ausnützen, um die Regierung zu stürzen.



Historiker haben mittlerweile nachgewiesen, dass diese Darstellung ein sehr verzerrtes Bild der tatsächlichen Ereignisse zeichnet, dass die Berichte der sozialdemokratischen Seite und objektiver ausländischer Beobachter viel näher an die Wirklichkeit herankommen als diese Story. Und hier die nächste aktuelle Frage: Warum entstehen solche verzerrten Bilder von geschichtlichen Ereignissen und wie kann man sie entzerren? Die Antwort ist ziemlich einfach: Sie entstehen mit Absicht, weil mit Erinnerungen an das, was – gestern oder vor 80 Jahren – geschehen ist, Politik gemacht wird. Im konkreten Fall: Wäre zugegeben worden, dass die »Roten« in Wien am 15. Juli 1927 weder bewaffnet vor das Parlament und den Justizpalast zogen noch eine Revolution planten, wäre die These von der »geteilten Schuld« der beiden politischen »Lager« oder sogar der Hauptschuld der Sozialdemokratie an der Vernichtung der demokratischen Ersten Republik nicht mehr zu halten gewesen. Ein anderes, jüngeres Beispiel ist die an ganze Generationen weitererzählte Legende, dass Österreich nur ein Opfer Hitler-Deutschlands war und mit den Plänen und Gräueltaten der Nationalsozialisten (von ein paar schwarzen Schafen abgesehen) nichts zu tun hatte. Es ist die Aufgabe einer verantwortungsbewussten Geschichtswissenschaft, sich möglichst viele erhaltene Dokumente aller beteiligten Seiten anzusehen und dort, wo es notwendig ist, die Wirklichkeit hinter der Legende aufzudecken. Es ist aber auch die Verantwortung der Bildungsarbeit – ob in der Schule, auf der Universität oder in der Gewerkschaft – über diese aufgedeckte Wirklichkeit zu informieren und damit Denkanstöße zu geben.

### Hinter der Legende

Zurück zur Wirklichkeit hinter der Legende. Die Menschen brauchten keinen Zeitungsartikel, um ihre Empörung anzuzünden. Die Nachricht vom Freispruch verbreitete sich lange, bevor die »Arbeiter-Zeitung« erschien, und die ersten Entscheidungen für eine Protestdemonstration fielen auch, bevor sie in den Trafiken auflag. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass die ehrliche Empörung und Verzweiflung, die der Artikel aus-



**Auch Appelle des beliebten Wiener Bürgermeisters Karl Seitz besänftigten die aufgebrachte Menschenmenge nicht. Aber dann gelang es einer (unbewaffneten) Schutzbundeinheit doch, der Feuerwehr den Weg zum brennenden Justizpalast zu bahnen.**

drückte, den Stimmen der Vernunft nicht gerade Unterstützung gab. Auf der anderen Seite hatten die Medien der Regierungsparteien während des gesamten Schattendorf-Prozesses gegen die »roten Umstürzler« gehetzt, die eigentlich an Stelle der Mörder auf der Anklagebank sitzen müssten, und den Freispruch der

drei »Frontkämpfer« als gerechtes Urteil bejubelt. Das trug ebenso wenig dazu bei, die Lage zu entspannen. Und nach dem 15. Juli lobten die »Reichspost« und andere Medien die Polizei für die Niederschlagung des vorgeblichen »roten« Putschversuchs, ohne das Blutvergießen wirklich zu bedauern. Auch kein Beitrag







Du hast Milde verweigert — wehe dir!

**Die Karikatur aus dem sozialdemokratischen »Kleinen Blatt« spielt darauf an, dass Bundeskanzler Seipel, ein Priester, mit seiner unbeugsamen Härte gegenüber den Demonstrierenden, gegen das christliche Gebot der Nächstenliebe verstoßen hat. Die Regierungspresse feiert dagegen den Sieg über die »roten Umstürzler«.**

zur Deeskalation. In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf: Welche Grenzen muss sich verantwortungsbewusster Journalismus selbst setzen? Die Pressefreiheit ist ein Eckpfeiler jeder Demokratie. Aber ist sie auch ein Freibrief für Angriffe auf einzelne Personen oder Organisationen unter der Gürtellinie? Dieses Problem war keineswegs auf die Parteipresse der 1920er Jahre beschränkt. Es sei nur an Medienkampagnen für die Todesstrafe oder gegen »Sozialschmarotzer« erinnert oder auch an die Art, wie

über wirtschaftliche und politische Skandale berichtet wird.

Die ersten Demonstrationzüge, die am Morgen des 15. Juli 1927 in die Ringstraße einbogen, waren – entgegen der Legende – keine chaotischen Zusammenrottungen, denn die Betriebsräte und gewerkschaftlichen Vertrauensleute hatten die Sache in die Hand genommen. Es hatte in fast allen wichtigen Betrieben Wiens Betriebsrätekonferenzen und Betriebsversammlungen gegeben, bevor irgendeine Entscheidung getroffen worden war. Die

Betriebsräte der Wiener Elektrizitätswerke hatten beschlossen, den Strom für die Straßenbahn eine Stunde lang abzuschalten, die Telefon- und Telegrafarbeiter hatten entschieden, das Kommunikationsnetz für eine halbe Stunde lahmzulegen. Die Betriebsräte der E-Werke waren auch die ersten gewesen, die eine Protestdemonstration organisiert hatten. Als sie an der Universität vorbei marschierten, kam es nach einer Provokation durch Studenten zum ersten heftigen Zusammenstoß zwischen den Demonstranten und der Polizei. Aber die Vertrauensleute, die als Ordner eingesetzt waren, bekamen die Situation wieder in den Griff und der Zug bewegte sich geordnet und diszipliniert in Richtung Parlament weiter. Die Magistratsbeamtinnen und -beamten der Stadt Wien hatten sich in einer Betriebsversammlung um 8 Uhr morgens für die Beteiligung an der Protestaktion entschieden. Sie wollten noch vor Mittag zurück sein und ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Es handelte sich also um eine disziplinierte Massendemonstration, wie man sie von der österreichischen Arbeiterbewegung gewohnt war. Es gab aber einen gravierenden Unterschied zu allen großen früheren Aufmärschen auf der Ringstraße: Erstmals hatten auch die gewerkschaftlich gut organisierten Betriebe nicht die Richtlinien der Gewerkschafts- und Parteizentrale abgewartet. Und als dann (zu spät) die Weisung, sich ruhig zu verhalten, ausgegeben wurde, ignorierte man sie. Die Menschen in den Betrieben waren von der Demütigung, die sie durch das Fehlurteil empfanden, zu aufgewühlt, um zu Gunsten großer strategischer Überlegungen, die man ihnen nie erklärt hatte, auf Protest zu verzichten. Selbst jemand wie die sicher nie als »Extremistin« einzustufende spätere Widerstandskämpferin und Nationalratsabgeordnete Rosa Jochmann, damals Sekretärin der Chemiarbeitergewerkschaft, schloss sich den Demonstranten an, obwohl ihre Vorgesetzten in der Gewerkschaft mit »Konsequenzen« gedroht hatten. Die Führung der Sozialdemokratie setzte sich nicht an die Spitze der Protestbewegung, weil sie fürchtete, in einen Bürgerkrieg hineingezogen zu werden, der aus ihrer Sicht nicht zu gewinnen war. Das faschistische Italien und die autoritären Regimes in Ungarn und Jugoslawien hätten eine Machtüber-





**Heimwehrführer etwa drei Jahre nach dem Doppelmord von Schattendorf und dem Blutfreitag in Wien. Die Heimwehr, Gewinnerin des politischen »Matches« um den 15. Juli, hatte sich als stärkste der rechtsextremen Verbände durchgesetzt, auch viele Monarchisten gehörten ihr an. Ein Teil der »Frontkämpfer« ging aber schon vor 1938 zu den Nationalsozialisten über**

nahme der Sozialdemokratie in Österreich sicher nicht tatenlos hingenommen und die großen Banken und Unternehmen fanden ihre Interessen im Lager der Regierungsparteien besser aufgehoben.

### Kavallerieattacke

Welche Fehler die Verantwortlichen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Reichskommission der Freien Gewerkschaften in dieser Situation begingen (zum Beispiel auch das zu späte Einberufen des unbewaffneten Republikanischen Schutzbundes als zusätzliche Ordnertruppe), wurde heftig diskutiert. Dazu nur so viel: Ob im Juli 1927, beim Oktoberstreik 1950 oder in schwierigen Situationen des neuen Jahrtausends: Die entscheidende Frage ist, ob eine offene Kommunikation zwischen den Mitgliedern, den Basisfunktionärinnen und -funktionären und den

leitenden Verantwortlichen in ihren Organisationen gelingt. Das ist nicht leicht und benötigt die demokratische Reife aller Beteiligten, aber es ist für die Stärke der Gewerkschaftsbewegung unverzichtbar! Die ersten Demonstrationen am Vormittag des 15. Juli waren zwar noch diszipliniert, aber keineswegs friedlich. Der Zorn über den Freispruch machte sich während des Marsches über die Ringstraße in wüsten Beschimpfungen Luft, mit denen besonders die (viel zu wenigen) Polizisten überschüttet wurden, die das Parlament zu bewachen hatten. Aber noch geriet niemand ernsthaft in Gefahr, obwohl sich jetzt auch viele einzelne Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den auf der Ringstraße Marschierenden anschlossen. Das änderte sich, als auf Befehl von oben berittene Polizei mit gezogenen Säbeln auf die Demonstranten lospreschte und sie auseinander trieb. Bei der Attacke

der Polizeikavallerie floss das erste Blut, die Demonstranten flohen in die umliegenden Parkanlagen. Ausländische Polizeixperten kritisierten später den Einsatz der berittenen Polizei als falsch. In Wien kam dazu, dass man sich noch sehr gut an die Hungerdemonstration von 1911 erinnerte, als Berittene ähnlich gegen die Demonstranten vorgegangen und mehrere Menschen gestorben waren. Die Erinnerungen an den 15. Juli 1927 sind die Ursache dafür, dass die nach 1945 mehrmals angeregte Aufstellung einer Kavallerieeinheit der Polizei in Wien bisher immer abgelehnt wurde.

### Verbotene Munition

Erst durch die Attacken der Berittenen verloren die Ordner aus den Betrieben jede Kontrolle über die Menge. Das Chaos begann. Es kam zur Straßenschlacht Poli-





**Wiens Bürgermeister Theodor Körner, General und Schutzbundkommandant in der Ersten Republik, und Wiens Vizebürgermeister Lois Weinberger, Spitzenfunktionär der Christlichen Gewerkschaften in der Ersten Republik, kurz nach dem Ende des Faschismus. Der spätere Bundespräsident Körner leitete am 15. Juli 1927 die Rettungsaktion für die eingeschlossenen Polizisten aus dem brennenden Justizpalast.**

zeißel gegen Latten und Steine. In der Folge – und vor allem am Nachmittag, nachdem die Polizei zu schießen begonnen hatte – wurden Polizeiwachstuben und Zeitungsredaktionen verwüstet. Noch am Vormittag setzte eine Gruppe von Demonstranten den Justizpalast in Brand, das Symbol der verhassten »Klassenjustiz«.

Der spätere Bundespräsident Theodor Körner, 1927 einer der führenden Schutzbundkommandanten, drang mit seinen Leuten in den brennenden Justizpalast ein, um die dort eingeschlossenen Polizisten zu retten. Die Retter gaben den Polizisten ihre Uniformjacken und tarnten sie zum Teil als Verwundete, um sie durch die wütende Menge aus dem Gebäude bringen zu können. Vom vergeblichen Appell des Wiener Bürgermeisters, die Löschfahrzeuge doch durchzulassen, wird gerne berichtet, weniger oft aber, dass es dem Schutzbund schließlich doch gelang, der Feuerwehr den Weg zu bahnen. Dadurch forderte der Brand des Justizpalastes selbst kein einziges Todesopfer.

Am Schmerlingplatz vor dem brennenden Gebäude war kurz nach Mittag schon »eine gewisse Beruhigung« eingetreten, auf jeden Fall waren das Parlament und andere wichtige öffentliche Gebäude nicht in Gefahr. Es schien, als sei das Schlimmste überstanden, aber vertreiben ließen sich die Demonstrantinnen und Demonstranten nicht so rasch. »Hätte die Regierung die ›Herrschaft der Straße‹ ohne Gegenmaßnahmen hingenommen«, analysierte der Historiker Gerhard Botz 50 Jahre später, »so wäre es zweifelsohne zu einer nicht unbedeutenden innenpolitischen Machtverschiebung ge-

kommen.« Nachdem Bürgermeister Seitz die Zustimmung zu einem Militäreinsatz verweigert hatte, rüstete der Wiener Polizeipräsident Schober mit Zustimmung von Bundeskanzler Seipel und der gesamten Bundesregierung deshalb 600 Wachleute mit Bundesheerkarabinern und einer Munition aus, die so verheerende Wirkung hatte, dass sie selbst im ersten Weltkrieg verboten gewesen war. Jetzt begann das Massaker, das zu den besonders dunklen Kapiteln der österreichischen Geschichte zählt. Es endete erst am Morgen des 16. Juli. Die Bilanz: Über 1000 Verwundete und 89 Tote. Unter den Toten befanden sich vier Polizisten, zwei von ihnen sozialdemokratische Gewerkschafter, aber alle anderen waren Schutzbündler, Demonstrantinnen und Demonstranten, und unbeteiligte Passantinnen und Passanten.

### Gefahr des Rassismus

Wie konnten Polizisten, die kurz zuvor bei den Personalsvertretungswahlen noch mit großer Mehrheit für die Freien Gewerkschaften gestimmt hatten, mit solcher Brutalität gegen »rote« Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vorgehen? Was war geschehen, damit sie bereit waren, »eine Serie von Handlungen unaussprechlichen Grauens und verbrecherischer Grausamkeit« zu begehen, wie es der amerikanische Journalist Charles Gulick formulierte? Angst ist sicher eine der Erklärungen, aber sie reicht nicht aus. Eine grundlegendes Misstrauen gegenüber Demonstranten sie als gefährlich, anstatt als Menschen zu sehen, die ein demokratisches Grundrecht in Anspruch nehmen, selbst wenn sie wilde Parolen rufen und die Regierung beschimpfen, hat sicher ebenfalls zum Niederreißen der Hemmschwellen beigetragen. Aber mitverantwortlich war ein »Zeitgeist«, der das Verteufeln von Menschen wegen ihrer politischen Überzeugung oder einfach, weil sie eine andere Religion oder Hautfarbe haben oder aus einer anderen Kultur kommen, bestärkte. Nach einer Zeugenaussage sagte ein Polizist zu seinen Kollegen, die ihm nicht widersprachen, man habe es jetzt endlich einmal den »Hebräern« gezeigt. Die Gefahr des Rassismus ist aber heute, wenn auch manchmal in neuem Gewand, nicht geringer als

1927. Es ist gut, sich das an diesem Gedenktag ins Bewusstsein zu rufen.

Der Generalstreik und der Verkehrstreik, zu denen die Gewerkschaftskommission nach dem Massaker aufrief, wurden lückenlos befolgt. Aber gerade deshalb war die Niedergeschlagenheit groß, als der Streik der Eisenbahner und Transportarbeiter vorzeitig abgebrochen wurde. Wieder waren es innerer und äußerer Druck, die dieser Entscheidung zu Grunde lagen: Nicht nur die »autoritären« und faschistischen Nachbarstaaten hatten diesmal interveniert, sondern auch die Regierung der demokratischen Tschechoslowakei, die darauf bestand, dass die Kohletransporte rasch wieder rollen müssten. Und im Inneren setzten erstmals Landesregierungen Heimwehrverbände gegen Streikende in Marsch. Mit der Schwächung der demokratischen Opposition, die den Rechtsextremen mehr Raum schuf, begann, wie es Robert A. Kann als neutraler Beobachter formulierte, »das Abbröckeln der Demokratie in Österreich, das bald mit beschleunigter Geschwindigkeit zu ihrer völligen Zerstörung führte«.

Bei einer Gedenkfeier für die Opfer des 15. Juli 1927 zeigte ÖGB-Präsident Anton Benya auf, welche Schlussfolgerungen für die Stabilisierung der Demokratie aus den Ereignissen von damals gezogen werden müssen: »Gerade hier, an dieser Grabstätte, und nachdem Generationen nachgekommen sind, die diese schreckliche Entwicklung nicht miterlebt haben, ist es nötig zu sagen, dass man bei aller Gegensätzlichkeit versuchen soll, die Probleme menschlich zu lösen, ohne Gewaltakte zu setzen.«

**Nachtrag zum besseren Verständnis:** Damals existierte kein überparteilicher »Österreichischer Gewerkschaftsbund«. Es gab nur sogenannte »Richtungsgewerkschaften«, die den verschiedenen politischen und weltanschaulichen »Lagern« nahe standen. Daher galt der Generalstreikaufruf der Reichskommission der Freien Gewerkschaften zum Protest gegen das Massaker vom 15. Juli auch nur für die »roten« Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Aber bei Streiks, die bessere Löhne und Arbeitsbedingungen forderten, arbeiteten die sozialdemokratischen, christlichen und deutschnationalen Gewerkschaften auch in der Ersten Republik immer wieder zusammen.



**Pflege:**

## Weit daneben

**Mit 1. Juli sollte die Pflege auf eine neue, leistbare, für Beschäftigte tragbare und legale Basis gestellt werden. Was bislang vorliegt, wird von den Gewerkschaften abgelehnt.**

Mit Hilfe einer Änderung des Hausbetreuungsgesetzes soll die Pflege neu geregelt werden. Die Abänderungen haben für Willibald Steinkellner, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft vida, zu keinen Verbesserungen geführt: »Ausbildungsvorschriften für die Personen, die die 24-Stunden-Betreuung ausüben, fehlen weiterhin. Sowohl die angedachte Entlohnung als auch die öffentliche Förderung sind unzureichend. Der Gesetzes-

entwurf geht sowohl an den Bedürfnissen der Betreuungsbedürftigen als auch der BetreuerInnen vorbei.« Die Kritik im Detail: Wer in der mobilen Betreuung als Heimhilfe arbeitet, muss eine Ausbildung vorweisen, bei der 24-Uhr-Betreuung soll es hingegen keine Ausbildungsvorschriften geben.

Weiters sind für vida die angegebenen Arbeitszeiten inakzeptabel, ebenso wie das Vorhaben, die öffentliche Förderung

erst ab der fünften Pflegestufe einsetzen zu lassen. Die meisten Menschen, die eine Betreuung zu Hause in Anspruch nehmen, sind doch in einer niedrigeren Pflegestufe. Auch die von Sozialminister Erwin Buchinger vorgelegte Kostenschätzung von 2820 Euro im Monat wird nicht geteilt. Steinkellner: »Wir gehen davon aus, dass die Kosten wesentlich höher sind, wenn es eine faire Entlohnung geben soll.« W. L.

**Unternehmensgewinne:**

## Des einen Freud, des anderen Leid ...

**Während die Unternehmensgewinne ständig steigen, haben die ArbeitnehmerInnen wenig davon, ergibt eine AK-Studie zu den an der Wiener Börse notierenden Unternehmen (ATX).**

Als Basis der Untersuchung dienten die Geschäftsberichte aus dem Jahr 2006. Konzernweit beschäftigen diese Unternehmen 290.000 ArbeitnehmerInnen. Ergebnis: »... die Gewinne steigen, die Dividenden und Vorstandsgagen steigen, aber die Arbeitnehmer haben nichts davon. Und trotz Rekordgewinnen zahlen die Unternehmen relativ immer weniger Steuern und die Steuerlast der Arbeitnehmer steigt. Wir wollen, dass auch die

Arbeitnehmer ihren fairen Anteil am Erfolg bekommen«, kritisiert AK-Direktor Werner Muhm die Situation. Konkret: Die Gehälter der Vorstände pro Kopf sind 2006 um 17 Prozent auf 1,131.635 Euro gestiegen. 2006 weisen die ATX-Unternehmen 8,3 Milliarden Euro Gewinn vor Steuern aus, was im Schnitt eine Erhöhung um 27 Prozent bedeutet. Die geplanten Dividenden in Höhe von 1,8 Milliarden Euro kommen einer Steige-

rung um 33 Prozent gleich. Parallel dazu ging der durchschnittliche Steuersatz (in Prozent des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit/EGT) um zwei Prozent zurück. Ebenso reduziert hat sich der Personalaufwand pro Kopf, und zwar um ein Prozent, was nicht zuletzt daraus resultiert, dass der Anstieg der Beschäftigten um elf Prozent hauptsächlich auf Zukäufe im Ausland zurückzuführen ist. W. L.

**Vorratsdatenspeicherung:**

## Moderner Überwachungsstaat

**Die geplante Novelle zum Telekommunikationsgesetz über die Speicherung von Daten auf Vorrat in Österreich wird in der vorgelegten Form von der AK abgelehnt.**

Die EU-Richtlinie über die Vorratspeicherung von Verkehrsdaten soll die Verfolgung von Verbrechen erleichtern. Doch mit der jetzigen Novelle zum Telekommunikationsgesetz wird weit mehr umgesetzt als die EU vorschreibt, und bekannt ist: Die bisherige Garantie, dass Daten nach der Verbindung oder Entgeltabrechnung sofort gelöscht werden, fällt. »Obwohl sich die EU auf schwere Delikte, zum Beispiel Terrorismus, beschränkt, sollen in Öster-

reich auch Vorratsdaten von Bürgern bei Vergehen mit mehr als einem Jahr Freiheitsstrafe von Behörden abgerufen werden können. Das birgt für unbescholtene Telekomnutzer die Gefahr, Teil behördlicher Ermittlung zu werden, nur weil sie zufällig auf Listen als Angerufene aufscheinen«, kritisiert die AK. Zudem droht, dass die Betreiberfirmen die Kosten der Vorratsdatenhaltung auf die KonsumentInnen abwälzen. Auch für die Arge Daten, Ös-

terreichische Gesellschaft für Datenschutz, ist die Vorratsdatenspeicherung eine sicherheitspolitische Sackgasse. »Sie führt zu Permanentüberwachung von Telefonverbindungen, E-Mails und SMS und gefährdet die Grundfreiheiten.« Nach Auffassung der Arge Daten wird »Wirtschaftsspionage auf Knopfdruck möglich« und so gehen zum Beispiel »Redaktions-, Anwalts- und Ärztegeheimnis verloren.« Hinweis: [www.argedaten.at](http://www.argedaten.at) W. L.



© Pfaffmann

## Armut kann Ihre Gesundheit gefährden

**Neue Daten: Bevölkerung unter der Armutsgrenze weist dreimal schlechteren Gesundheitszustand auf (11 Prozent) als hohe Einkommen (4 Prozent). Armutskonferenz fordert E-Card für SozialhilfeempfängerInnen und soziale Indikatoren für die österreichische Gesundheitsstrategie.**

»Die Bevölkerung unter der Armutsgrenze weist einen dreimal schlechteren Gesundheitszustand auf (11 Prozent) als hohe Einkommen (4 Prozent). Und ist doppelt so oft krank wie mittlere Einkommen (7 Prozent)«, veröffentlicht die Armutskonferenz die neuesten Daten aus dem Armutbericht<sup>\*</sup>). Fragt man nach den Bildungsabschlüssen, sind PflichtschulabsolventInnen doppelt so oft von chronischer Krankheit betroffen (21 Prozent) als Personen mit Maturaabschluss

(11 Prozent). Nach der beruflichen Stellung bezeichnen 90 Prozent mit höheren bzw. führenden Tätigkeiten ihren Gesundheitszustand als »gut«, während es bei Hilfsarbeitern nur 76 Prozent sind.« so Sozialexperte Martin Schenk von der Armutskonferenz: »Armut kann ihre Gesundheit gefährden.«

### Keine Krankenversicherung

»100.000 Menschen sind noch immer ohne Krankenversicherung, 20.000 Menschen in Sozialhilfe haben noch immer keine E-Card. Seit zwei Jahren sind

mögliche Lösungen im Bund-Länder-Dschungel verschollen«, fordert Schenk die Verantwortlichen zum Handeln auf.

### »Soziale Vererbung«

»Und im Gesundheitsbericht des Ministeriums kommen sozioökonomische Analysen und Strategien nicht vor. In der Gesundheitsförderung gibt es bis jetzt keine Ziele zur Verringerung des hohen Krankheitsrisikos Ärmere«, kritisiert Schenk. »In der Gesundheitspolitik und Prävention muss mehr Augenmerk auf die sozialen Lebensbedingungen gelegt

<sup>\*</sup>) Statistik Austria (2007): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen.

werden. Einen Teil der Energie, die in den Anti-Raucher-Kampagnen gebunden ist, wäre jedenfalls auch gut investiert in Maßnahmen gegen die steigende Zahl der Working poor, der wachsenden Einkommensschere oder der Reduzierung der hohen »sozialen Vererbung« im Bildungssystem.«

### Verhaltensprävention

»Ein wichtiger Schritt wäre, Gesundheitsdeterminanten in den anderen Politikfeldern zu implementieren: in der Budgetpolitik, in der Arbeitsmarktpolitik, in der Verkehrsplanung, im Sozialressort«, regt die Armutskonferenz an.

»Anderswo gibt es schon Erfahrung mit einem umfassenderen Vorgehen. In acht europäischen Staaten sind größere Programme zur Verringerung gesundheitlicher Ungleichheit dokumentiert: Großbritannien, Niederlande, Spanien, Italien, Frankreich, Finnland, Litauen, Schweden.

Das mit hoher sozialer Polarisierung ausgestattete Großbritannien genauso wie die egalitäreren Niederlande haben bereits in den Achtzigerjahren begonnen, umfassende Maßnahmen zur Verringerung gesundheitlicher Ungleichheit zu entwickeln.

Gemeinsam ist allen Programmen, dass sie unterschiedlichste Politikfelder einbeziehen, dass sie quantitative Zielvorgaben setzen und dass sie die Umsetzungsschritte evaluieren. Die Maßnah-

men stellen auf Armutsbekämpfung genauso ab wie auf Verbesserung individueller Lebensbedingungen, Gesundheitsverhalten und Gesundheitsversorgung in sozialen Brennpunkten; also Verhältnis- und kontextbezogene Verhaltensprävention gemeinsam«, so Sozialexperte Schenk.



»Wer mit Arbeitslosen zu tun hat, denkt an Bildung, an Existenzsicherung, an Wohnen, Familie, Gesundheit. Wer mit Gesundheitsfragen von Armutsbetroffenen zu tun hat, sorgt sich um Beschäftigung, nicht-schimmelige Wohnungen, Bildung, Erholungsmöglichkeiten und eine Lösung der stressenden Existenzangst.

### Leben am Limit macht Stress

Den Menschen als Ganzes sehen. Davon kann besonders die Politik lernen: Statt sektoral und in eingeschlossenen Handlungsfeldern besser in Zusammenhängen denken: Gesundheitspolitik ist Wohnungspolitik, Bildungspolitik ist Sozialpolitik, Stadtplanung ist Integrationspolitik. Es geht um einen ganzheitlichen

Approach. Der Kontext entscheidet«, so die Armutskonferenz.

Die Gründe für das hohe Erkrankungsrisiko Ärmere sind vielschichtig: Leben am Limit macht Stress. Leben am Limit schwächt die Abwehrkräfte und das Immunsystem.

Leben am Limit macht verletzlich. Finanzielle Not, Arbeitslosigkeit oder schlechte Wohnverhältnisse machen krank.

Auch reiche Raucher leben länger als arme Raucher. So leben beispielsweise in Städten Ärmere vermehrt an den Ausfallstraßen oder städtischen Durchzugsrouten mit mehr Lärm, mehr Schmutz, weniger Licht.

AlleinerzieherInnen in prekären Jobs schicken aus Sorge vor Jobverlust ihre kranken Kinder in die Schule, usw. Vier Faktoren führen zum hohen Krankheitsrisiko Armutsbetroffener:

1. Die Unterschiede in den gesundheitlichen Belastungen,
2. die Unterschiede in den Bewältigungsressourcen und Erholungsmöglichkeiten,
3. die Unterschiede in der gesundheitlichen Versorgung und
4. die Unterschiede im Gesundheits- und Krankheitsverhalten.

Nachlesen: [www.armutskonferenz.at](http://www.armutskonferenz.at)

## Deutschland:

# Working poor

## Hartz-IV-Analyse: Weniger Arbeitslose – aber immer mehr »arme Arbeitende«.

Nach einer neuen Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sind mittlerweile 1,3 Millionen Erwerbstätige arm, darunter fast eine halbe Million Vollzeitbeschäftigte. »Manche erreichen trotz eines 10-Stunden-Arbeitstages und mehrerer paralleler Jobs nicht einmal das gesellschaftliche Existenzminimum«, erläutert der DGB-Arbeitsmarktpolizist Wilhelm Adamy.

Während die Zahl der Arbeitslosen zurückgeht, nimmt der Anteil der abhängig Beschäftigten, die zusätzlich zum

niedrigen Verdienst aufstockendes Arbeitslosengeld (ALG-II) benötigen, erheblich zu. Immer häufiger reicht selbst ein Vollzeit-Job nicht mehr zum Leben, betont Adamy in seiner Hartz-IV-Analyse. Er fordert deshalb existenzsichernde Mindestlöhne und damit das Ende der Lohnsenkungspolitik durch staatliche Hartz-IV-Subventionen in Dumpinglohn-Branchen.

Besonders betroffen sind nach dem Ergebnis der DGB-Untersuchung Menschen in den neuen Bundesländern, Ehe-

paare mit Kindern, Beschäftigte im Dienstleistungssektor und Verleihgewerbe sowie gering Qualifizierte.

In steigendem Maße werde der Staat für Lohndrückerei und nicht existenzsichernde Arbeit in Mithaftung genommen. Enorme Wettbewerbsverzerrungen drohten, wenn die Unternehmen damit rechnen könnten, dass der Staat Hungerlöhne auf das Sozialhilfeniveau anhebt und so Lohndumping quasi subventioniert. Der DGB fordert gesetzliche Mindestlöhne von 7,50 Euro. G. M.



# China: Letztrangig

**Die Kampagne PlayFair2008 deckt die miserablen Produktionsbedingungen bei Olympia-Artikeln auf.**

**Der Bericht** »Keine Medaille für Olympia!« beklagt massive Arbeitsrechtsverletzungen in chinesischen Fabriken, die Taschen, Kopfbedeckungen und Schreibwaren für die Olympischen Spiele in Peking herstellen. Die ArbeiterInnen in den vier untersuchten Fabriken bekommen halb so viel Lohn wie vorgeschrieben und müssen zwölf Stunden sieben Tage die Woche arbeiten. Viele sind unter zwölf Jahre, die Arbeitsbedingungen sind unsicher und gesundheitsschädlich. Freie Gewerkschaften gibt es in China keine.

»Wir versuchen die Taschen mit dem olympischen Logo fristgerecht fertigzustellen, aber wir sind völlig erschöpft. Zum Teufel mit den olympischen Produkten, ich bin müde«, sagt ein Arbeiter zu den PlayFair2008-MitarbeiterInnen. Die Kampagne PlayFair2008 versucht seit den Olympischen Spielen in Athen 2004, das Internationale Olympische Komitee (IOC) zur Aufnahme von Arbeitsrechtsstandards in die Verträge mit Lizenznehmern zu bewegen. »Lizenzen für die Herstellung von olympischen Pro-

dukten sind eine große Einnahmequelle für das IOC und die nationalen Olympischen Komitees. Es ist eine Schande für die olympische Bewegung, dass schwerwiegende Arbeitsrechtsverletzungen in lizenzierten Betrieben zugelassen werden«, so Guy Ryder, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), mit der Internationale Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV) und der Clean Clothes-Kampagne (CCK), einer der PlayFair2008-Partner. *G. M.*

# EU: Kampf gegen Sozialdumping

**Gewerkschaftliche Aktionen gegen Sozialdumping verstoßen nicht gegen EU-Recht.**

**In Zeiten der** Dienstleistungsfreiheit innerhalb der EU ist das »Sozialdumping« – das Unterbieten nationaler Mindeststandards für Löhne und Arbeitsbedingungen – beinhardt Realität. Der Kampf dagegen ist für die Gewerkschaften Priorität. Nun kommt Unterstützung durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH).

Die lettische Baufirma Laval renovierte in der schwedischen Stadt Vaxholm eine Schule, gründete dafür die schwedische Tochterfirma Baltic Bygg und schickte lettische Bauarbeiter nach Schweden. Entlohnt wurde nach lettischen Vor-

schriften. Die schwedische Baugewerkschaft Byggnads forderte Laval vergeblich auf, nach schwedischem Bau-Kollektivvertrag zu bezahlen. Daher blockierte die Gewerkschaft monatelang die Baustelle. Die Elektrikergewerkschaft boykottierte die Elektroinstallationen. Letztlich schlichtete die schwedische Tochter von Laval in den Konkurs und klagte vor dem schwedischen Arbeitsgericht, das auf den Europäischen Gerichtshof (EuGH) verwies, da in diesem Fall auch EU-Recht – nämlich die EU-Dienstleistungsrichtlinie – berührt wurde.

EuGH-Generalanwalt Paolo Mengozzi vertritt die Ansicht und spricht damit eine Empfehlung an die EuGH-Richter aus, dass es nicht gegen EU-Recht verstößt, wenn Gewerkschaften ausländische Firmen zwingen, ihre ArbeitnehmerInnen zu den gültigen Kollektivvertragslöhnen des Ziellandes zu beschäftigen.

Die Maßnahmen der schwedischen Baugewerkschaft sind mit dem EU-Recht somit vereinbar, denn sie dienen dem allgemeinen Interesse: dem Kampf gegen Sozialdumping. *G. M.*

# EU: Lückenhafte Richtlinie

**Die Kritik der Gewerkschaften an der EU-Entsenderichtlinie zeigt erste Wirkungen.**

»Offenbar hat die Kritik im Vorfeld der Kommissionsmitteilung zumindest teilweise Wirkung gezeigt«, kommentiert ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer die Mitteilung der EU-Kommission zur Entsenderichtlinie im Juni. So wird in dem Papier nun der grenzüberschreitende Schutz der ArbeitnehmerInnenrechte betont und die Einbindung der Sozialpartner gefordert.

Die EU-Kommission kündigt weiters die Einrichtung eines Ausschusses an, der die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und die praktische Durchsetzung der

Richtlinie verbessern soll. Diese Maßnahmen wurden bereits seit Jahren von den Gewerkschaften gefordert. Der nunmehrige Teilerfolg könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kommission die Dienstleistungsfreiheit immer noch über den Schutz von Arbeitnehmerrechten stellt, so der ÖGB-Präsident. Er fürchtet, durch die Drohung mit Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten, die Kontrollen gegen Lohn- und Sozialdumping durchführen eine weitere Auslöschung der Entsenderichtlinie. »Wenn die Kommission die Kontrollmöglich-

keiten der Mitgliedstaaten weiter einschränkt, wird die illegale Praxis einiger schwarzer Schafe unter den Unternehmen, entsandten Arbeitnehmern den kollektivvertraglichen Lohn vorzuenthalten, nicht einzudämmen sein.

Nötig ist vielmehr eine praktische Stärkung der Entsenderichtlinie: Die Kommission müsste endlich konkrete Schritte setzen, um die grenzüberschreitende Zustellung und Vollstreckung von Verwaltungsstrafen auch praktisch zu ermöglichen«, meint ÖGB-Präsident Hundstorfer. *G. M.*

# EU: Eine Million Unterschriften

**Öffentliche Dienstleistungen sind aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen unverzichtbar.**

Sie müssen hohe Qualität haben und für alle zugänglich sein. Bisher wurden allerdings nur die Privatisierung und Liberalisierung von öffentlichen Dienstleistungen diskutiert, besonders in Bereichen wie Energieversorgung, Post und Telekommunikation.

Der Europäische Gewerkschaftsbund EGB hat daher die Petition »Hochwertige Öffentliche Dienstleistungen für Alle« gestartet, welche die Europäische Kommission aufruft, Maßnahmen zur Absicherung hochwertiger öffentlicher Dienst-

leistungen und ihrer allgemeinen Zugänglichkeit zu treffen. In Österreich hat die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) die Plattform [unterschreiben.com](http://unterschreiben.com) ins Leben gerufen. Ziel ist, europaweit eine Million Unterschriften zu sammeln: Dann muss die Petition von der Kommission behandelt werden.

Öffentliche Dienste – auch als Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) bezeichnet – sind ein wesentlicher Bestandteil des europäischen Sozialmodells. In Österreich werden viele dieser

Leistungen von Städten, Gemeinden und Gebietskörperschaften gesteuert oder selbst erbracht.

Trotz gegenteiliger politischer Absichtserklärungen hat die Europäische Union ihre Kompetenzen bei der Durchsetzung des Wettbewerbsprinzips in der Praxis überzogen, meinen die Gewerkschafter, während die Kompetenzen im Hinblick auf die Solidarität begrenzt bleiben. Daher geht es in der aktuellen Debatte vorrangig um die Überwindung dieses Dilemmas. *G. M.*

# Kambodscha: Blutige Kleidung

**Drei Gewerkschafter starben für ihren Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie.**

Fast alle größeren Bekleidungs- und Sportartikelanbieter in Österreich, wie Zara, H&M, C&A, Adidas, Nike, Calvin Klein und Ralph Lauren, lassen im südasiatischen Königreich Kambodscha produzieren. Der Mindestlohn einer Näherin in Kambodscha ist 37 Euro im Monat. »Die Arbeiterinnen und Arbeiter machen täglich vier Überstunden, um überleben zu können. Für zwölf Stunden Arbeit täglich bekommen sie 62 Euro im Monat«, so Athit Kong, Vizepräsident der Gewerkschaft »Coalition of Cambodian Apparel Workers Democratic Union« (CCAWDU).

Unabhängige Gewerkschaften fordern Lohnerhöhung, Senkung der Wochenstunden und permanente Beschäftigungsverhältnisse. Fabrikhaber und Polizei reagieren mit Entlassungen und gewalttätigen Übergriffen. Im Februar 2007 wurde Hy Vuthy, Vorsitzender der unabhängigen Gewerkschaft des Königreichs Kambodscha (FTUWKC) in Phnom Penh erschossen. Er ist der dritte Gewerkschafter, der innerhalb von drei Jahren ermordet wurde.

»Der Kampf gegen die unhaltbaren Zustände in Kambodscha und anderen

Ländern Asiens beginnt in Europa«, sagt Monika Kemperle, Leitende Sekretärin des ÖGB. »Europäische und US-Konzerne machen riesige Gewinne, aber es klebt Blut an diesem Geld.« Das Papier, auf dem Verhaltenskodizes der großen Unternehmen verfasst werden, ist geduldig. »Die Unternehmen müssen auf geregelte Arbeitszeiten, faire Entlohnung und Gewerkschaftsrechten bestehen.« Michaela Königshofer, Koordinatorin der Clean Clothes-Kampagne, ruft auch die Konsumenten auf, faire Arbeitsbedingungen einzufordern. *G. M.*

# EU: Revidierung der EBR-Richtlinie

**Mangelnde Kommunikation zwischen europäischen Konzernen und Arbeitnehmern wird problematisch.**

Die jüngsten Fälle von Massenentlassungen in europäischen Großbetrieben, etwa bei Airbus oder Volkswagen, haben diese Schwierigkeiten deutlich gemacht. Gleichzeitig wurden ArbeitnehmerInnen und deren Vertretungen aus verschiedenen Mitgliedstaaten gegeneinander ausgespielt.

Daher fordert das Europäische Parlament eine rasche Revidierung der Richtlinie zu den Europäischen Betriebsräten. Diese soll dafür sorgen, dass Probleme rechtzeitig besprochen und sozial verträgliche Lösungen in den Betrieben und

nicht auf der Straße gefunden werden. »Die derzeit gültige Richtlinie zu den Europäischen Betriebsräten stammt aus dem Jahr 1994. Seit 1999 warten wir auf eine Revision, denn die europäische Betriebslandschaft hat sich in den letzten 13 Jahren gewaltig geändert«, so Harald Ettl, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN) und Mitglied des Europäischen Parlaments.

»Die in jüngster Zeit aufgetretenen Fälle haben vor allem die mangelnde Kommunikation zu Tage gebracht. Wäh-

rend die Kommunikation zwischen Betrieben und Konzernleitungen immer schneller und intensiver vonstatten geht, hat sich diese für die Belegschaft nicht weiterentwickelt.

Die Entschließung fordert nun, dass die ArbeitnehmerInnen zeitgerecht informiert sowie konsultiert und gemeinsame Lösungen erarbeitet werden. Es kann nicht sein, dass ArbeitnehmerInnen über einen geplanten Stellenabbau aus den Medien erfahren. Die EU-Kommission muss hier rasch tätig werden«, fordert Ettl. *G. M.*

# Simpler Overkill?

## Die Zerstörung der deutschen Städte als ethisches Problem

Ein englischer Philosoph erklärt die Bombardierung der deutschen Städte für verbrecherisch. Ein schönes Beispiel für die vielzitierte britische Fairness. Doch hierzulande droht der Missbrauch seiner Thesen durch die alten Nazis, die keine Gelegenheit auslassen, um Englands Kriegspremier Winston Churchill den Ruf eines Kriegsverbrechers anzuhängen.

60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg erklärt Anthony C. Grayling: Der Bombenkrieg gegen die deutschen Städte war ein Kriegsverbrechen. Und zwar grundsätzlich und von Anfang an.

Grayling wurde zwar etliche Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg geboren, aber er weiß natürlich, in welcher tödlichen Gefahr Großbritannien in den ersten Jahren des Zweiten Weltkrieges, zwischen 1940 und 1942, schwebte. Er weiß, dass sein Land auf keine Erfolg versprechende Waffe verzichten konnte. Aber er weiß es mit dem Verstand. Er weiß es nicht mehr emotional.

### Zeitzeuge

Ich, der ich nun sein Buch »Die toten Städte« bespreche, habe das Dröhnen Hunderter viermotoriger Bomber noch im Hinterkopf. Die Erinnerung daran und an den Aufschrei der Frauen und Kinder im Keller bei einem sehr nahen Einschlag ist schon etwas verblasst. Aber wo in der Wiener Innenstadt es war, weiß ich noch genau. Zwischen dem Krater einer der schwereren amerikanischen Bomben und unserer Kellerwand waren nachher immerhin noch ein paar Meter Erde. Eine halbe Stunde später stand ich vor einem mit Schutt gefüllten Trichter an der Ecke des Philipphofs, an dessen Stelle jetzt Hrdlickas Mahnmal steht. Eine Frau flehte Vorübergehende an, zu graben. Ihr Mann sei da unten. Sie habe Klopfzeichen gehört. Sie konnte keine Klopfzeichen gehört haben. Und für jeden Ziegel, den man aus dem Trichter an der Ecke vor dem Café Tirolerhof zog, rutschte der Schutt nach. Man schrieb den 12. März 1945. Die Toten, an die dreihundert, liegen heute noch unten.

Da ich dort saß, wo die Bomben hinfielen, musste ich eigentlich der These von A. C. Grayling zustimmen. Doch so

seltsam es klingt: Ich weiß noch, was ich als Siebzehnjähriger dachte, als sie herunterkamen. Ich dachte: »Wie sollen sie sonst mit uns fertig werden?« Mit einem Verfahren wegen Sabotage am Hals und einem abgelautenen Wehrpass in der Tasche hatte ich es damals schon etwas eilig, befreit zu werden.

### Unfreiwilliger Ostmärker

Verkehrte Welt also: Der Brite Grayling erklärt die Zerstörung der deutschen Städte aus der Vogelschau der Angreifer für verbrecherisch und der ehemalige unfreiwillige »Ostmärker«, der sie aus der Kellerperspektive erlebte, hält dagegen.

Grayling nimmt eine Position außerseter moralischer Rigorosität ein. Er argumentiert in erster Linie juristisch. Doch die Berufung auf das Kriegsrecht hat einen Haken: Deutschland selbst hatte mit den Angriffen auf Guernica, Warschau, Belgrad und Rotterdam den Krieg gegen die Zivilbevölkerung eröffnet und ihm mit der Vernichtung von Coventry eine neue Dimension eröffnet. Ist es wirklich ein Verbrechen, in äußerster Bedrohung mit vielfacher Kraft zurückzuschlagen – wenn man dazu in der Lage ist?

Diese Frage entzieht sich keineswegs der ethischen Diskussion. Die aber entzündet sich unweigerlich an der Frage: Gibt es einen Punkt, an dem der volle Einsatz der alliierten Überkapazität, der simple Overkill, zum Verbrechen wurde? Als Dresden am 12. Februar 1945 vernichtet wurde, war der Zweite Weltkrieg unwiderruflich entschieden.

Der Angriff sollte wahrscheinlich mitten in die Konferenz von Jalta hineinplätzen und Stalin die Stärke der britischen Luftstreitmacht vor Augen führen. Er kam dafür aber wegen einer dicken Wolkendecke, die tagelang nicht weichen wollte, zu spät.



**JÉTZT  
SIND DIE AMERIKANISCHEN  
FLIEGENDEN FESTUNGEN DRAN**

### Aktion Gomorrha

Man kann auch bereits den verheerenden »Erfolg« der »Aktion Gomorrha« gegen Hamburg Ende Juli 1943 mit 30.000 zerstörten Gebäuden und mindestens 45.000 Toten als versäumten Wendepunkt ansehen, an dem gerade wegen der erzielten Effizienz ein Umdenken hätte einsetzen können. Erörterungen dieser Art hält Grayling unerschütterlich entgegen, dass der Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung von der ersten Bombe an ein Verbrechen war.

Aber indem er sich auf die Ebene der Erfolgsrechnungen begibt und den Bombenkrieg außerdem als ineffizient dar-



stellt, schwächt er seine ethische und juristische Argumentation, statt sie zu untermauern.

Er will beweisen, dass der Bombenkrieg nicht zum Erfolg führte, zumindest nicht kriegsentscheidend war, und legt damit dem Leser den Umkehrschluss geradezu in den Mund: Die Vernichtung von Hunderttausenden Menschenleben und unersetzlicher kultureller Substanz wäre also zu rechtfertigen, wenn sie den Effekt gehabt hätte, den sich die englischen Luftmarschälle Charles Portal und Arthur Harris davon versprochen?

Grayling spielt den Erfolg der Luftangriffe herunter, so gut er kann. Aber zumindest für die Effizienz der bei Tag geflogenen US-Luftangriffe kann ich Zeugnis ablegen. Ich kannte das angeordnete Chaos. Ich hatte in der Werkstatt eines zweckentfremdeten Hutgeschäftes auf der Landstraße Kabelenden in heißes Zinn getaucht, hatte geheimnisvolle Kästchen, von denen wir nur wussten, dass sie für Jagdflugzeuge bestimmt waren, mit dem Handwagen in eine Werbeagentur in der Wollzeile geschleppt, wo daran weitere Arbeiten durchgeführt wurden, hatte Abdeckkappen für die Enden der Tragflächen aus einer Schneiderei in der Ungargasse abgeholt und war mit irgendwelchen Teilen schnell mit der Bahn in ein Flugzeugwerk bei Wiener Neustadt gefahren.

Ich hatte in der Kreuzgasse kurze Laschen aus Kunststoff zu behelfsmäßigen Keilriemen für Wehrmachtsfahrzeuge zusammengenietet und in einer Büroartikel-fabrik auf dem Margaretenplatz zwei Handvoll Gewehrbestandteile etwas zu stark angeschliffen. Die Produktionsausfälle durch die stundenlangen Fliegeralarme, während denen wir in den Kellern saßen, durch Stromausfälle und Verkehrschaos machten ein Mehrfaches der direkten Schäden aus.

### Die Moral der Arbeiter

In einer Hinsicht liegt Grayling, so wie viele andere Autoren, völlig daneben. Die britischen Nachtangriffe sollten die »Moral« der deutschen Arbeiter brechen. Aus der Schnelligkeit, mit der die Ausfälle wettgemacht wurden, wird gern der Schluss gezogen, dies sei eben nicht gelungen. Das kann aber nur jemand an-



nehmen, der die Effizienz des Zwangsystems nicht erlebt hat. Die »Moral«, soweit es je eine gegeben hatte, war längst gebrochen. Die Loyalität der Arbeiterschaft gegenüber dem NS-Regime wird sowieso weit überschätzt. Der pure Zwang hielt das Werkel am Laufen.

### Abbau humaner Hemmschwellen

Grayling verbaut sich mit seinem ethischen Fundamentalismus leider genau jene Erkenntnis, auf die es heute ankommt. Nämlich, dass auch die Guten (mit oder ohne Gänsefüßchen) in jeden Krieg als Menschen hineinziehen, um als Unmenschlichen zurückzukommen. Der Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung war Teil des allgemeinen Abbaues humaner Hemmschwellen auch bei Hitlers Gegnern. Außerdem war der Abwehrkampf gegen die Unmenschlichkeit der Nazis eben nebenbei ein Alibi für das inhumane Denken vieler Militärs auch auf der alliierten Seite. Grayling zeichnet ja selbst nach, wie die Rücksicht auf die Zivilbevölkerung dahinschwand und sie bald darauf zum erklärten Angriffsziel wurde.

Natürlich wurde die Zerstörung der Wiener Innenstadt am 12. März 1945, dem siebenten Jahrestag des »Anschlusses«, hier als amerikanischer Denktzettel begriffen. Der spätere Versuch, diesen unnötigen Vandalismus als Irrtum der amerikanischen Flieger hinzustellen, ist Zeugnis des Katzenjammers, der die

als Unmenschlichen aus dem Krieg Heimgekehrten befällt, sobald sie wieder Menschen sind.

Ist der Krieg ausgebrochen, hat die Menschlichkeit ausgespielt. Die Verantwortung dafür tragen aber stets jene, die den Krieg verschuldet haben.

*Hellmut Butterweck*



**Die toten Städte.**  
Waren die alliierten Bombenangriffe Kriegsverbrechen? Von A. C. Grayling.  
C. Bertelsmann, München 2007, 414 Seiten,  
€ 23,60, ISBN 978-3-570-00845-4

**anachronistisch:** nicht zeitgemäß (Seite 22)

**Basken:** Das Baskenland befindet sich im Nordwesten Spaniens und teilweise auch in Frankreich. Baskisch zählt nicht zu den indogermanischen Sprachen wie Französisch oder Spanisch, sondern ist eine eigene isolierte Sprache, die von rund 700.000 Menschen gesprochen wird. Die Basken hatten nur über kurze Zeit während des Spanischen Bürgerkrieges einen eigenen Staat. 1968/69, gegen Ende des Franco-Regimes wurde die militante baskische Befreiungsorganisation ETA gegründet, die sowohl gegen Franco als auch für einen eigenen baskischen Staat kämpfte. 1979 erhielten die baskischen Provinzen in Spanien weitgehende Autonomierechte. Trotzdem kommt es bis heute immer wieder zu blutigen Gewaltakten durch die ETA. (Seite 26)

**Asset:** Der Vermögenswert eines Unternehmens (Seite 26)

**Bauer, Otto:** österreichischer Politiker (1881–1938), Sohn eines wohlhabenden jüdischen Textilfabrikanten; 1918 bis 1934 stellvertretender Parteivorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich (SDAP) und prägte als Chefideologe den als »Austromarxismus« bezeichneten Weg seiner Partei. 1934 emigrierte Otto Bauer nach Brünn. (Seite 33)

**Churchill, Winston:** britischer Staatsmann (1874–1965), 1885–1902 Soldat und Kriegsberichterstatler an verschiedenen Fronten. Nachdem er im Laufe eines Eisenbahnüberfalls von Buren gefangen genommen worden war und flüchten konnte, verarbeitete er seine Erlebnisse in einem Buch. Dies und seine Kriegsberichte verhalfen ihm zu so viel Popularität, dass er 1901 als konservativer Angeordneter ins Parlament einziehen konnte. 1904 wechselte Churchill zu den Liberalen. 1911 wurde er Marineminister, im Ersten Weltkrieg Oberbefehlshaber der Royal Navy. Danach bekleidete er mehrere politische Ämter, 1924 trat er wieder den Konservativen bei. Churchill warnte schon früh vor einem Deutschland unter Hitler, ab Kriegsausbruch Marine- und nach Neville Chamberlains Rücktritt Premierminister. 1951–55 erneut Premierminister; 1953 erhielt Churchill den Literaturnobelpreis und den Titel Sir. (Seite 44)

**EBR-Richtlinie:** 1994 hat die EU die Richtlinie über Europäische Betriebsräte (European Works Councils oder EWC) verabschiedet, welche alle großen Unternehmen, die grenzüberschreitend in Europa aktiv sind, zur Gründung von Gruppen und Foren zur Förderung des Informationsaustausches mit ihren Belegschaften und deren Mitbestimmung verpflichtet. Betroffen sind davon europaweit derzeit rund 1.600 Firmen. (Seite 43)

**endogen:** innerlich, von innen kommend (Seite 27)

**EuGH:** Europäischer Gerichtshof, Sitz in Luxemburg; er bildet gemeinsam mit dem ihm 1988 zur Arbeits-

erleichterung beigegebenen Gericht erster Instanz (EuGEI) das Rechtsschutzinstrumentarium der EU. In allen Fällen, in denen das Gemeinschaftsrecht in Frage steht oder dessen Anwendung strittig ist, hat der EuGH seine Rechtsschutzfunktion wahrzunehmen. Vor allem soll der einheitliche Charakter des EU-Rechts gewahrt und verhindert werden, dass das Gemeinschaftsrecht in den Mitgliedstaaten unterschiedlich angewandt wird. (Seite 42)

**Franco Bahamonde, Francisco:** spanischer General und Diktator (1892–1975), unter seiner Leitung führten rechte Militärs im Juli 1936 einen Staatsstreich gegen die im Februar 1936 demokratisch gewählte republikanische Regierung durch. Er regierte das Land nach dem Sieg der Aufständischen im darauf folgenden Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939) bis zu seinem Tod diktatorisch. Im November 1936 wurde seine Regierung von Deutschland und Italien anerkannt und von diesen politisch und militärisch unterstützt. Trotzdem gelang es Franco danach, Spanien aus dem Zweiten Weltkrieg herauszuhalten. Bereits in den 60er Jahren stand dann fest, dass nach seinem Tod in Spanien die Monarchie wieder eingeführt werde. Obwohl Franco schließlich auch von der Kirche kritisiert wurde, lehnte er jede Lockerung seines Regimes ab. 1974 trat der Generalissimo wegen einer schweren Krankheit die Regierungsgeschäfte an Juan Carlos ab, der nach seinem Tod 1975 König wurde. (Seite 26)

**Jochmann, Rosa:** sozialdemokratische österreichische Politikerin (1901–1994), setzte sich in ihrer politischen Tätigkeit besonders mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen von Arbeiterinnen auseinander, während des Nazi-Regimes im KZ Ravensbrück, 1946–1967 Nationalratsabgeordnete. (Seite 36)

**Kambodscha:** parlamentarische Monarchie in Südostasien, 14 Millionen Einwohner, Hauptstadt: Phnom Penh; Bevölkerung und Land wurden durch den Krieg im benachbarten Vietnam und die Herrschaft der Roten Khmer (von 1975–1979 wurden rund zwei Millionen Menschen ermordet) schwer in Mitleidenschaft gezogen. Diese unter Pol Pot verübten Verbrechen sind nach wie vor ungesühnt. Erst vor wenigen Wochen hat sich ein Sondertribunal aus 13 ausländischen und 17 einheimischen Richtern auf die Verfahrensregeln für den Völkermord-Prozess geeinigt. Kambodschas Wirtschaft ist wenig entwickelt und agrarisch betont. Die Regierung betreibt seit kurzem eine restriktive Kulturpolitik gegen »westliche Dekadenz« wie Handys, Schönheitskonkurrenzen, rückenfreie Kleidung etc. (Seite 43)

**kompetitiv:** zuständig, maßgebend; sich mitbewerbend (Seite 29)

**Konferenz von Jalta:** fand von 4.2. bis 11.2.1945 auf der Schwarzmeerhalbinsel Krim statt und regelte die Teilung Europas nach dem bevorstehenden Ende des Zweiten Weltkrieges. Winston Churchill, Josef Stalin und F. D. Roosevelt einigten sich dabei außerdem noch über die letzten strittigen Punkte für

den Entwurf der Charta der Vereinten Nationen. (Seite 44)

**Körner, Theodor:** österreichischer sozialdemokratischer Politiker (1873–1957), im Ersten Weltkrieg Generalstabschef der Ersten Isonzoarmee, beteiligte sich danach am Aufbau des österreichischen Bundesheeres, 1945–51 Bürgermeister von Wien, 1951–57 Bundespräsident. (Seite 38)

**Median-Äquivalenzeinkommen:** Das Medianeinkommen gibt genauer darüber Auskunft, wie viel Menschen im Normalfall verdienen als das Durchschnittseinkommen, welches das arithmetische Mittel aller Einkommen beschreibt. Denn das Durchschnittseinkommen kann etwa durch einige wenige Spitzenverdiener »künstlich« in die Höhe getrieben werden. Laut Definition sind 50 Prozent aller Einkommen geringer und 50 Prozent aller Einkommen höher als das Medianeinkommen. Beim Median-Äquivalenzeinkommen wird außerdem noch mitberechnet, dass für Menschen, die in Mehrpersonen-Haushalten leben, die Lebenshaltungskosten geringer sind, da beispielsweise ja nicht jeder Bewohner einen eigenen Kühlschrank, Fernseher etc. benötigt. (Seite 24)

**Mulatság:** auch: Mulatschak, aus dem Ungarischen: ausgelassenes Fest, bei dem musiziert und typisch ungarisches Essen serviert wird. (Seite 23)

**Republikanischer Schutzbund:** paramilitärische Organisation der sozialistischen Arbeiterpartei, gegründet 1923/24 als Gegengewicht zu den christlich-sozialen Heimwehren, aufgelöst nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Polizei und Heimwehr im Februar 1934, wobei rund 200 Schutzbund-Angehörige getötet wurden. (Seite 32)

**sakrosankt:** hochheilig, unantastbar (Seite 27)

**Seitz, Karl:** sozialdemokratischer Politiker (1869–1950), gründete die erste sozialdemokratische Lehrerorganisation, trat 1915 als erster führender Sozialdemokrat offen gegen den Krieg auf. 1919 wurde Seitz zum Ersten Präsidenten der konstituierenden Nationalversammlung gewählt, 1923 Bürgermeister von Wien, 1934 wurde er direkt von seinem Amtssitz im Rathaus inhaftiert; 1944–45 im KZ Ravensbrück. (Seite 33)

**Sozialpartnerschaft:** System der wirtschafts- und sozialpolitischen Zusammenarbeit zwischen den Interessenverbänden der Arbeitgeber (Wirtschaftskammer und Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer) und der Arbeitnehmer (Bundesarbeitskammer und Österreichischer Gewerkschaftsbund). Außerdem ist die jeweilige Regierung vertreten. Grundgedanke bei der Gründung 1947 war, dass Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besser auf dem Verhandlungstisch ausgetragen werden als auf der Straße. (Seite 42)

**Titularprofessor:** außerordentlicher Professor, das bedeutet, der Titel ist nicht mit einem Lehrstuhl verbunden. (Seite 24)

Neuaufgabe

Wird sofort nach  
Erscheinen geliefert!

**OGB** VERLAG



## Gesetze und Kommentare Nr. 1 **Angestelltengesetz**

**Autoren:**

a.o. Univ.-Prof. Dr. Erwin Bernat (Institut für Zivilrecht der Karl-Franzens-Universität Graz)

o. Univ.-Prof. Dr. Martin Binder (Institut für Arbeitsrecht und Sozialrecht, Wohn- und Immobilienrecht und Rechtsinformatik der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck)

RA Dr. Sieglinde Gahleitner (Rechtsanwaltskanzlei Griebler/ Gerlach/Gahleitner, Wien)

o. Univ.-Prof. Dr. Konrad Grillberger (Fachbereich Arbeits-, Wirtschafts- und Europarecht der Paris-Lodron-Universität Salzburg)

o. Univ.-Prof. Dr. Peter Jabornegg (Institut für Arbeitsrecht und Sozialrecht der Johannes-Kepler-Universität Linz)

Mag. Thomas Kallab (Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien)

a.o. Univ.-Prof. Dr. Günther Löschnigg (Institut für Arbeitsrecht und Sozialrecht der Karl-Franzens-Universität Graz)

Mag. Dr. Klaus Mayr (Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich)

V.Ass. Dr. Nora Melzer-Azodanloo (Institut für Arbeitsrecht und Sozialrecht der Karl-Franzens-Universität Graz)

a.o. Univ.-Prof. Dr. Reinhard Resch (Institut für Arbeitsrecht und Sozialrecht der Johannes-Kepler-Universität Linz)

Ass.-Prof. Dr. Barbara Trost (Institut für Arbeitsrecht und Sozialrecht der Johannes-Kepler-Universität Linz)

Günther Löschnigg (Hg)

### **Angestelltengesetz**

Achte neu bearbeitete  
Auflage

ca. 800 Seiten, € 62,-  
ISBN 978-3-7035-1072-4

Erscheinungsdatum:  
August 2007

**GARANTIERT GUT INFORMIERT**  
[www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**BESTELLSERVICE**  
In jeder Buchhandlung  
oder direkt bei der ...

### **Bestellung:**

im Web: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)  
per Mail: [bestellung@oegbverlag.at](mailto:bestellung@oegbverlag.at) oder  
per Fax: 01/405 49 98-136

### **Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH**

Fachbuchhandlung  
Rathausstraße 21, 1010 Wien

Telefon: 01/405 49 98-132, Fax: DW 136  
E-Mail: [fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

**Ja, ich bestelle** \_\_\_\_\_ **Exemplar/e von Angestelltengesetz** à € **62,-**

Name	
Firma/Institution	
PLZ	Ort
Anschrift	
Telefon, E-Mail	
Datum, Unterschrift	

**Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten.**  
Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der/die BestellerIn. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten. AW 7-8/07





**Nur die Gewerkschaften  
sichern mit dem Kollektivvertrag  
unser Urlaubsgeld.**

**Wir wünschen unseren  
Leserinnen und Lesern einen  
möglichst unbeschwerten Urlaub.**

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie  
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder  
richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse  
/

\_\_\_\_\_  
Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort

Besten Dank

AW